

Aktion Sühnezeichen/Friedensdienste . Allgemeine Homosexuelle Aktion . Antifa - Bund der Antifaschisten . Arbeitsgemeinschaft verfolgter Sozialdemokraten . Berliner Freunde der Völker Rußlands . Berliner Geschichtswerkstatt . Berliner Kulturrat . Berufsverband Bildender Künstler. Cinti-Union Berlin . Deutscher Freidenkerverband . Evangelische Akademie Berlin . Evangelische Jugend Berlin . Freunde der deutschen Kinemathek . Magnus-Hirschfeld- Gesellschaft . Naturfreundejugend Deutschlands . Neue Gesellschaft für Bildende Kunst . Neuköllner Kulturverein . Niederländisch-ökumenische Gemeinde . Sozialistische Jugend Deutschlands/Die Falken . Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes/Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten Werkbund-Archiv und viele Einzelmitglieder zusammengeschlossen zum Verein

**AKTIVES MUSEUM
Faschismus und Widerstand in Berlin**

Mitgliederrundbrief Nr. 19

Dezember 1992

Liebe Mitglieder, liebe Freundinnen und Freunde,

in den letzten Monaten ist vieles geschehen, das uns erschreckt und empört hat. Über unsere Arbeit gegen das Vergessen, gegen Rassismus und Antisemitismus berichtet dieser Rundbrief. Was wir tun können, genügt nicht. Wir sind aber nicht allein. Viele Menschen, die sich bisher nicht engagiert haben, finden zu den Initiativen und Gruppen gegen Rassismus oder bilden neue. Es wird eine Aufgabe des nächsten Jahres sein, mit all diesen Gruppen eine Zusammenarbeit zu finden.

Taten, nicht nur Worte, fordern wir von den Parteien. Der Asylkompromiß war offensichtlich das falsche Signal, denn, kaum ist damit das Thema "Ausländer" durch Abschottung der Bundesrepublik nach außen fürs erste abgehakt, kommen die Juden dran:

Heute, am 12. 12., berichtet die "taz" über die Gründung des Deutschlandforums der CDU und Heinrich Lummer. "Warum, so fragt er weiter, häufe sich denn die Kritik an Deutschland? Die Türken versuchten mit einer 'Retourkutsche' von eigenen Menschenrechtsverletzungen abzulenken. 'Und für die Juden ist es der Versuch, die Hand aufzuhalten'".

Ein gewöhnliches CDU-Mitglied, das sich offen antisemitisch äußert, würde wohl ausgeschlossen. Wir sind gespannt, wie es Heinrich Lummer ergehen wird.

Geschäfts- und Dokumentationsstelle:

Alte Schönhauser Str. 9 - 10, O 1054 Berlin

Telefon: 030/281 51 98 (noch nicht angeschlossen)

Konto: Nr. 61 00 122 82, Berliner Sparkasse BLZ 100 500 00

Inhaltsverzeichnis

Thomas Lutz: "34 Namen von Adler bis Zylber" Bericht über die Ausstellung des Aktiven Museums	S. 3
Korrespondenz über Olympia 1936 und 2000	S. 6
Stellungnahme zu den Vorschlägen der Fachkommission bzgl. der Neukonzeption der brandenburgischen Gedenkstätten	S. 8
Dokumentiert: Diskussionsveranstaltung am 21. 10. zum Bunker am Potsdamer Platz	S. 11
Gedenktafel-Enthüllung in der Auguststraße	S. 15
Gedenktafel Sybelstr.9: Musikschule Hollaender	S. 19
Dokumentiert: Ausstellung "Die jüdische private Musikschule Hollaender 1936 - 1940"	S. 20
Griet Newiger: Referat am 25. 11. "Rechts- extremismus und Justiz"	S. 21
Dokumentiert: Pressestimmen zur Diskussion	S. 29
Ein Gruß aus Moabit	S. 31
Zum Beispiel: Pankow	S. 32
Redaktion dieses Rundbriefs: Christiane Hoss	

Wir suchen Nachmieter für unsere Telefonanlage

in der neuen Geschäftsstelle sind wir einander so nahe, daß die früher notwendige Telefonanlage nicht mehr gebraucht wird. Sie wurde leider für 5 Jahre gemietet. Wenn wir sie jetzt kündigen, müssen wir die Hälfte des Mietpreises trotzdem bezahlen. Sie kostet DM 67,20 im Monat (incl. Mwst) und besteht aus 4 Apparaten, die so viele Speicher- Rückruf und andere Möglichkeiten haben, daß wir sie gar nicht alle ausnutzen konnten. Der Markenname ist focus D Systemtelefon.

Falls Mitglieder oder Freunde gerade die Einrichtung einer Telefonanlage überlegen, wäre uns und ihnen geholfen, wenn sie die Nachmieter unserer Anlage würden. Der Nachmieter spart die Anfangskosten und wir die Gebühren bei vorzeitiger Kündigung.

34 Namen von Adler bis Zylber

Eine Installation von Melissa Gould

Von der Auguststraße in Berlin-Mitte biegt man rechts in die Sophienstraße ab. Der erste Blick in die Querstraße verrät, daß hier bereits zu DDR-Zeiten die Häuser renoviert und ein schönes, geschlossenes Straßenbild vorhanden war. Nach etwa 150 Meter steht man linker Hand vor den Räumen der Galerie Sophien Edition.

In dem Zeitraum vom 14. Juni bis 14. Juli jedoch waren die zur Straße gelegenen Galerie-Räume meist verschlossen. Ein kleines Straßenschild lud in dieser Zeit dazu ein, die Tordurchfahrt zu durchlaufen und sich in die hinter dem Wohngebäude stehende Remise zu begeben. Das auch von außen frisch renovierte Gartenhaus hat eine etwa fünf Meter hohe und vier Meter breit Steinwand, auf der ein Holzdach aufgesetzt ist. Durch eine große Holztür betritt man die nahezu sechs Meter tiefe Remise.

An den vier Seitenwänden sind 34 Piktogramme locker verteilt. Sie haben DIN A 1 Größe und sind auf Pappe aufgezogen. Der überstehende schwarze Rand hebt die Bilder deutlich ab und vermittelt eine sakrale Atmosphäre. Die Namen wirken wie Todesanzeigen.



Die Piktogramme sind zusammengesetzt aus Abbildungen und Namen. Auffällig ist, daß Abbildungen der schweren Elemente - Diamant, Goldstein, Eisen - am unteren Rand der kleinen Halle angeschlagen sind, während sich Namen wie Sternschuß, Himmelblau samt Abbildungen ganz oben finden. Dazwischen

gruppieren sich in nicht systematischen Abständen Abbildungen aus dem Tier und Pflanzenreich oder der Geographie: Haas, Strausz, Steigerwald, Mandel, Kleinberg, Morgenstern - um nur einige aufzuzählen.



Der gesamte Raum strahlt eine eigenartige Atmosphäre aus: die interessanten, die Neugierde und Phantasie anregenden Bilder, stehen dem kalten und durch seine weiße Sterilität ungemütlich wirkenden Raum gegenüber. Der Geruch von frischem Kalk und Holzschutzmittel weckt bei dem einschlägig vorbelasteten Besucher Assoziationen an Baracken, wie etwa in den Gedenkstätten Stutthof oder Majdanek. Auf einem Anschlag an der hölzernen Eingangstür erklärt die Künstlerin Melissa Gould ihren Zugang zu dieser Ausstellung:

„Von Adler bis Zylber“

Um 8.55 Uhr am Morgen des 6. Novembers 1942 verließ der Konvoi Nr. 42 Drancy, Frankreich, in Richtung Konzentrationslager Auschwitz, Polen. Eintausend Juden waren in diesem Transport, davon 221 Kinder. Der Vater meines Vaters, ein Wiener Jude, war auch im Zug. Die Reise dauerte drei Tage. Bei der Ankunft wurden 227 Personen zur Arbeit ausgewählt, die anderen wurden sofort vergast, mein Großvater ebenfalls. Zu Kriegsende wurden vier Überlebende des Transports Nr. 42 bekannt. Die 100 Namen, die ich in Floor Plan/Grundriß verwende, sind aus der Transportliste von Konvoi 42 ausgewählt, Floor Plan ist eine Fortsetzung dieser Reise.

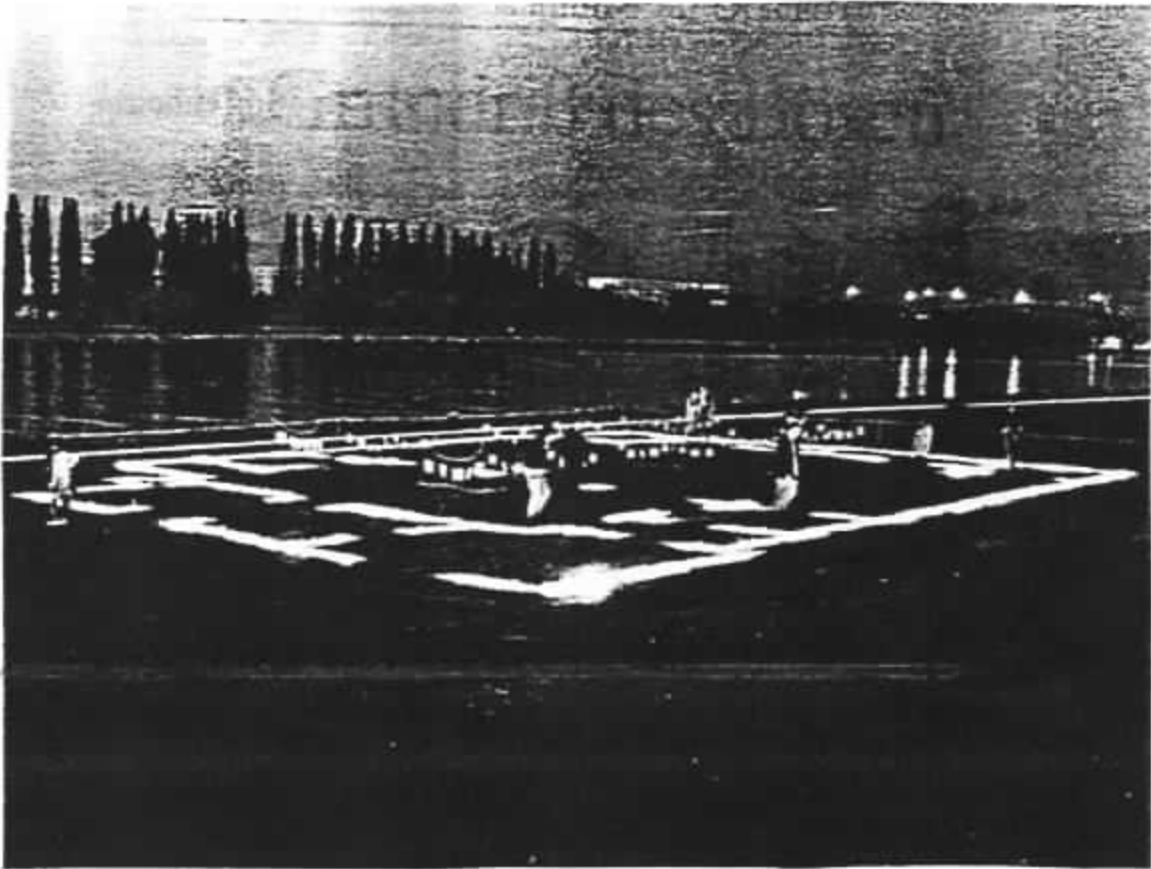
Die Ausstellung in der Galerie Sophien-Edition war eine Abwandlung ihrer Konzept-Art Installation "Floor Plan" und die bisher letzte Arbeit in ihrer Auseinandersetzung mit der Geschichte des europäischen Judentums, die

zugleich ein Teil ihrer Familiengeschichte ist. Die 1958 geborene und in New York lebende Melissa Gould hat an Kunstschule und Universität vier Jahre lang Photographie studiert. In ihren Installationen hat sich als Konzept-Art Künstlerin mit Raum, Objekt und Bildern auseinandergesetzt.

Ein DAAD-Stipendium ermöglichte ihr 1986/1987 einen einjährigen Aufenthalt in Berlin. Bei einem Besuch in der Bibliothek der jüdischen Gemeinde fand sie in dem 1978 von Serge Klarsfeld herausgegebenen Buch "Le memorial de la deportation des Juifs de France" zufällig die Transportliste mit dem Namen ihres Großvaters. Sie konnte damit ein Stück

ihrer Familiengeschichte nach 45 Jahren erhellen, da auch ihr Vater die näheren Umstände und Details nicht kannte.

Es entwickelte sich für die Künstlerin langsam der Plan der konzeptuellen Installation "Floor Plan - Grundriß". Im Sommer 1991 konnte während der "ars electronica" das Kunstwerk, bei dem der Grundriß einer Berliner Synagoge mit blauen Leuchtstoffröhren nachgestellt wird, am Linzer Donauufer gezeigt werden. Alwin Curran komponierte dazu die Musik, die als Klangwand unsichtbar aus der Architektur-Installation auftrug. Der Klang in Assoziation an Millionen von Menschenstimmen dringt aus der Erde und erinnert an die Shoa.



Ein erster Kontakt zwischen Melissa Gould und dem Aktiven Museum kam im Oktober letzten Jahres zustande. Sich daran anschließende Bemühungen, die "Floor Plan"-Installation auch in Deutschland darzustellen, scheiterten an fehlenden Finanzen. Um so erfreulicher ist, daß es anlässlich der vom Berliner Kultursenator getragenen "Berlinale" sowie Dank persönlichem und finanziellem Engagements der Neuen Gesellschaft für bildende Kunst, der

Staatlichen Kunsthalle und des Aktiven Museums gelungen ist, die Konzeption in überarbeiteter Form für einen Monat in Berlin ausstellen zu können.

Melissa Gould hatte sich aufgrund der Kenntnis der Grundmaße der Remise entschieden, lediglich 34 ihrer ursprünglich 100 Piktogramme auszustellen. Diese bezieht sich auf die Anzahl der 1938 in Berlin bestehenden jüdischen Gotteshäuser. Gerade die Unregelmäßig-

keit der Beschaffenheit der Seitenwände mit Einbuchtungen, in denen abgestellte Teelichter die Wirkung des Ensembles noch verstärken, ergab die Notwendigkeit, beim Hängen der Bilder Zwischenräume zu lassen. Entstanden ist ein Arrangement wie ein Rätsel, ein Puzzle, in dem ein Stück fehlt - leerer Raum.

Gerade der Kontrast zu dem architektonisch schön wiedergestellten Teil des Scheunenviertels, den Geräuschen der Vögel und des Blätterauschens im Wind sind Melissa Gould wichtig. Die Ausstellung in diesem Viertel erzählt ihre Geschichte ohne Worte. Die Bilder sprechen für sich selbst und deuten Spuren an, deren Bedeutung der oder die Betrachter/-in nachgeht.



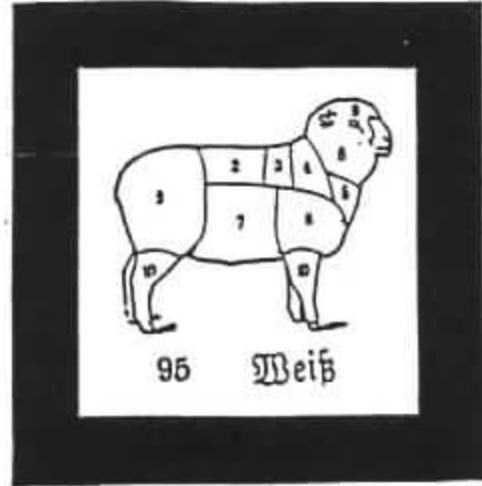
Die Bilder sind von Melissa Gould aus Märchen- und Schulbüchern sowie Lexika ausgewählt worden, die in Deutschland und Österreich vor 1933 veröffentlicht wurden.



Der Pinocchio verbrennt sich den Fuß, weil er eingeschlafen ist. Er wird zur Bildvorlage des Wortes "Bre(nn)holz".

Sie stellen eine poetische und märchenhafte Welt dar. Jedoch bereits durch die makabren Märchen werden Assoziationen von Leid und Zerstörung geweckt.

Auch in den naturkundlichen Abbildungen wird die Interpretation tieferliegender Schichten angeregt, die zugleich Chiffren der tödlichen Ausgrenzung des europäischen Judentums darstellen.



Das Lamm mit der Bezeichnung "Weiß" ist ein Zeichen der Unschuld. Zugleich ist auf der Abbildung das Fleisch des Tieres schon aufgeteilt.

Melissa Goulds Ziel ist es nicht, mit ihren Installationen lediglich ein "Holocaust-Denkmal" darzustellen, vielmehr hat sie das Beziehungsgeflecht der jüdisch-deutschen Geschichte in ihrem Blickfeld und hofft, die Diskussion um deren Gegenwartsbedeutung anzuregen.

Sämtliche Abbildungen entstammen der "Floor Plan - Grundriß"-Installation von Melissa Gould. Das Foto von "Floor Plan" während der "ars electronica" ist der OÖN vom 13.9.1991 entnommen; Foto: Nöbauer.

Thomas Lutz

An den "Tagesspiegel"
Leserbriefredaktion
FAX 26009332

2.9.92

betr. Interview mit Axel Nawrocki, TSP 1.9.92

Das Interview mit Axek Nawrocki, placiert neben Fotos vom gerade durch einen Bombenanschlag zerstörten Mahnmal auf der Putlitzbrücke, macht auf erschreckende Weise deutlich, wie wenig wir bisher aus der deutschen Geschichte gelernt haben. Daß, wie hier behauptet wird, "die Bundesrepublik Deutschland mit dem Dritten Reich nichts mehr zu tun hat" und daß "jetzt ein anderer Geist weht als 1936", wird durch die Nachrichten von rechtsradikalen Terroraktionen täglich widerlegt.

Angesichts der Archivaufnahmen vom hakenkreuzgeschmückten Olympiastadion zu behaupten, es seien "gleichwohl keine Nazispiele gewesen", verkennt die Funktion, die diese internationale Präsentation Berlins 1936 für den NS-Staat nach außen und nach innen hatte - zu einem Zeitpunkt, als in Deutschland bereits Tausende aus politischen, religiösen oder rassistischen Gründen inhaftiert, gefoltert und zum Teil ermordet worden waren.

Daß, wie Herr Nawrocki zitiert, zahlreiche ältere IOC-Mitglieder die Olympischen Spiele von 1936 noch "in guter Erinnerung" haben und sich ähnliche Spiele im Jahr 2000 wünschen, ist erschreckend, jedoch angesichts der Biographie etwa des derzeitigen IOC-Präsidenten Samaranch erklärbar. Daß der Geschäftsführer der Olympia GmbH, der es als Vertreter der deutschen Nachkriegsgeneration besser wissen müßte, die damaligen Spiele mit den Worten "Es waren keine bösen Spiele" verharmlost, ist zutiefst beschämend. Seine Worte von der "bewußten Ecke", vom "Büßerhemd", in dem man nicht "rumlaufen" möchte und von "irgendwelchen historischen Kongressen" stellen in Abrede, daß es auch Stimmen innerhalb des IOC gibt, die gerade bemängelt haben, daß der Berliner Antrag eine Auseinandersetzung mit dem Mißbrauch der Olympischen Spiele von 1936 vermeidet. Hier wäre eine Chance für Berlin gewesen, dies offensiv bereits im Antrag zu vertreten. Dem Ansehen Deutschlands, daß durch die jüngsten Ereignisse in der vorgesehenen Wasserwettbewerbsstadt Rostock im Ausland schweren Schaden genommen hat, wäre durch einen solchen, politisch-bewußten Umgang mit unserer Vergangenheit ein größerer Dienst erwiesen worden.

Aktives Museum Faschismus und Widerstand in Berlin e.V.

Dr.Christine Fischer-Defoy
(1. Vorsitzende)

Frau
Dr. Christine Fischer-Defoy
I. Vorsitzende des
Aktiven Museums Faschismus
und Widerstand in Berlin e. V.
Köthener Str. 44

1000 Berlin 61

8. September 1992

Sehr verehrte Frau Dr. Fischer-Defoy,

vielen Dank für die Übersendung einer Kopie Ihres Leserbriefes vom 2. September 1992. Die Olympischen Spiele 1936 dürfen und sollen von uns nicht verdrängt werden. Gefragt ist ein offener, offensiver Umgang mit dem Thema, ein rationaler Diskurs steht gelegentlicher Geschwätzigkeit gegenüber, die seitens bestimmter Olympia-Gegner immer wieder an der Tagesordnung ist. Unbestritten ist, daß die gigantische Inszenierung der Spiele 1936 mit zu einer Konsolidierung des Terror-Regimes nach innen geführt hat und damit auch zur mittelfristigen Reputation nach außen. Dies war immer mein Standpunkt.

Ich bin sicher, daß wir mit unserer Meinung gar nicht so weit auseinander sind und lade Sie ein, dies in einem persönlichen Gespräch festzustellen. Sie wissen selbst wahrscheinlich aus reichhaltiger Erfahrung, daß manche Wiedergabe in der Presse nicht den objektiven Tatsachen entspricht. Wenn Sie also interessiert sind an einem Gespräch, bitte vereinbaren Sie einen Termin.

Mit freundlichen Grüßen


Dr. Axel Nawrocki

Aktives Museum Faschismus und Widerstand in Berlin e.V.

Stellungnahme zu den Vorschlägen der Fachkommission bzgl. der Neukonzeption der Brandenburgischen Gedenkstätten

1.

Der Verein Aktives Museum begrüßt grundsätzlich die in den Empfehlungen der Fachkommission dargelegte Neukonzeption der Gedenkstätten in Brandenburg zu Orten der **aktiven Auseinandersetzung mit der NS-Geschichte**. Die Umwandlung zu **offenen Lernorten**, die zum Begreifen von Voraussetzungen, Implikationen und Folgen der NS-Herrschaft und zu Konsequenzen für das eigene Handeln in der Gegenwart und Zukunft führen soll, entspricht den Vorstellungen, die das Aktive Museum seit seiner Gründung 1983 für das Gestapo-Gelände in Berlin formuliert hat. Die darin eingeschlossene Forderung, hiermit zur Durchsetzung von Menschen- und Bürgerrechten beizutragen, ist heute, angesichts des zunehmenden rechtsextremen Terrors, notwendiger denn je, auch notwendiger, als dies bei der Ausformulierung der Empfehlungen absehbar war.

Notwendig erscheint uns als Bestandteil der Konzeption offener Lernorte die **Einheit von Forschung und Vermittlung vor Ort** im Sinne des **forschenden Lernens**. Das Aktive Museum fordert daher, die Forschungsarbeit vor Ort zu fördern, Forschung und Vermittlung zu verknüpfen und die Gedenkstätten mit entsprechendem wissenschaftlichen Personal auszustatten.

2.

Das Aktive Museum begrüßt die in der Konzeption dargelegte **eindeutige Differenzierung zwischen NS-Geschichte und Stalinismus**. Wir unterstreichen die Notwendigkeit, daß die Verbrechen der NS-Zeit nicht durch die Verbrechen der Nachkriegszeit relativiert werden dürfen. Wir fordern daher, daß in Forschung und Vermittlung **vor Ort die Nachkriegsgeschichte nicht die NS-Geschichte** verdrängen darf, sondern der Schwerpunkt weiterhin auf der Geschichte der Lager in der NS-Zeit liegt.

So verwerflich es ist, daß dieses Thema der Lager nach 1945 in der DDR tabu war, und so verständlich es ist, daß hier ein **Nachholbedarf** besteht - nicht nur aus der Sicht der Opfer - so gibt es gleichwohl auch einen **umfangreichen Nachholbedarf hinsichtlich bisheriger Tabu-Themen** bzgl. der NS-Zeit. Dies gilt insbesondere für die im DDR-Antifaschismus verdrängten Opfergruppen außerhalb und neben dem kommunistischen Widerstand. Die Forschung in diesem Bereich sollte unserer Meinung nach Vorrang haben.

3.

Was die inhaltliche und didaktische Neukonzeption der **Ausstellungen** betrifft, so fordert das Aktive Museum ein **behutsames Vorgehen**, das die Spuren des "verordneten Antifaschismus" nicht blindlings beiseite räumt, sondern mit

dokumentiert. Das Aktive Museum hat mit der kommentierenden Ausstellung im "Antifaschistischen Traditionskabinett Prenzlauer Berg" modellhaft vorgeführt, wie dies möglich ist. Wir begrüßen die Vorschläge zur räumlichen Ausweitung der Gedenkstätten.

Für die Umsetzung dieser Vorschläge fordern wir **Transparenz im Planungsverfahren und öffentliche Diskussionen** unter Einbeziehung aller Opfergruppen. Dies gilt insbesondere für die Neukonzeption des internationalen Museums in Sachsenhausen, an der auch die internationalen Verfolgtenorganisationen beteiligt werden sollten.

4.

Die **organisatorische Struktur** in Form einer Stiftung entspricht den Forderungen des Aktiven Museums und der Struktur der "Stiftung Topographie des Terrors" in Berlin. Ebenso wie dort kritisiert das Aktive Museum - auch wenn wir die rechtlichen Gründe kennen, die einer Parität entgegenstehen - die Zusammensetzung des **Stiftungsrates** im Verhältnis 3:2.

Für den **Arbeitsausschuß** gilt, was wir analog für die Berliner Stiftung gefordert haben, daß er sich **im Sinne der Aufgabe aus Sachverständigen** zusammensetzen soll. Gefordert ist hier nicht vorrangig fachwissenschaftliche Qualifikation, sondern Kompetenz im Sinne von Erfahrungen bei der Aufgabe, die Gedenkstätten zu aktiven Lernorten zu machen.

Das Aktive Museum fordert, daß die Stiftungsgremien **unverzüglich konstituiert** und entsprechen ausgestattet werden. Das Aktive Museum fordert die Beendigung der derzeitigen Interimsphase und die unverzügliche Besetzung der Stellen in den Gedenkstätten, um dort die Arbeit aufnehmen zu können.

5.

Das Aktive Museum unterstützt die Vorschläge der Fachkommission zu einer **engen Kooperation und Verzahnung mit den entsprechenden Einrichtungen** in Berlin. Dies gilt insbesondere für die Zusammenarbeit der Topographie des Terrors mit der Gedenkstätte Sachsenhausen.

6.

Vorrangig fordert das Aktive Museum **unverzügliche Maßnahmen zur Sicherung der zerstörten Baracke in der Gedenkstätte Sachsenhausen**. Als Ergebnis einer Diskussion des "Forum für Geschichte und Gegenwart" in der Akademie der Künste in Berlin möchten wir die drei denkbaren Positionen hier referieren.

- Abriß und Neubau
- Rekonstruktion der zerstörten Baracke
- Erhalt der Zerstörung und Ergänzung durch neuen Pavillon

Die dritte der genannten Möglichkeiten fand dort nach langer Diskussion eine Mehrheit. Der Brandanschlag ist Teil der aktuellen Auseinandersetzungen um Geschichte und Gegenwart dieses Ortes und muß dokumentiert werden. So wie wir bzgl. des Gestapo-Geländes dafür plädiert haben, den jetzigen Zustand als **"offene Wunde"** zu

erhalten, so halten wir die "offene Wunde", die durch den Anschlag entstanden ist, für aussagekräftiger im Sinne des Lernens aus der Geschichte für die Gegenwart, als dies jede Rekonstruktion leisten könnte. Die Ausstellung selbst sollte überarbeitet und ergänzt werden und in einem neuen Pavillon neben der zerstörten Baracke zu sehen sein.

Das Gegenargument: "Wir lassen uns unser Museum nicht von den Rechten kaputt machen" - mit dem sich die Forderung nach Rekonstruktion verbindet, fand ebenfalls viel Unterstützung. Dies gilt insbesondere für die Überlegung, den damaligen Opfern nicht noch einmal ihre Würde zu nehmen.

Wir fordern eine öffentliche Diskussion über diese Frage unter Einbeziehung der Verfolgtenorganisationen und der Jüdischen Gemeinde.

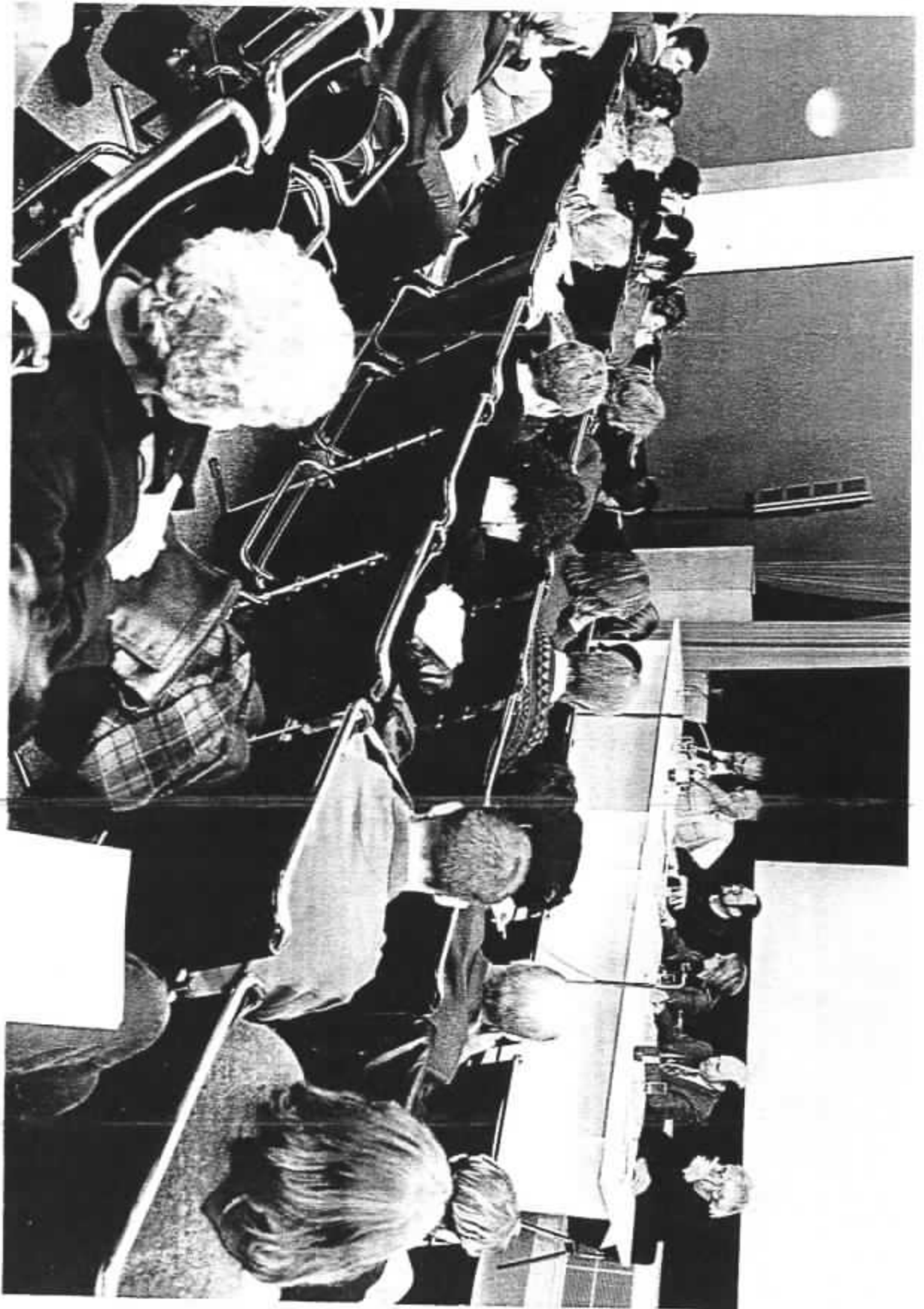
Um weitere Zerstörung durch Witterungseinflüsse zu verhindern, muß die zerstörte Baracke unverzüglich durch ein Zeltdach gesichert werden.

Für den Verein Aktives Museum
Faschismus und Widerstand in Berlin

Christine Fischer-Defoy

Dr. Christine Fischer-Defoy
(1. Vorsitzende)

Diskussionsveranstaltung 21. 10. 92 "Kultstätte oder Denkort -
Was wird aus dem Bunker am Potsdamer Platz?"
Reinhard Rürup, Alfred Kernd'l, Wulff E. Brebeck, Christine
Fischer-Defoy, Christoph Stölzl, Ulrich Roloff-Momin
Foto J. Henschel



Die skurrilen Phantasien der Fahrbereitschaft

Eine Berliner Diskussion über die wiederentdeckten Bunker unter der Reichskanzlei / Abtragen und ins Museum stellen?

Der im März 1990 zufällig entdeckte Bunker der „Leibstandarte SS Adolf Hitler“, Teil eines Bunkersystems unter Hitlers Neuer Reichskanzlei an der Volstrasse im ehemaligen Grenzgebiet zwischen Ost- und West-Berlin, eignet sich nicht als Gedenkstätte und sollte wieder geschützt werden. Zu diesem Ergebnis kamen Fachleute in einer vom „Aktiven Museum“ veranstalteten öffentlichen Diskussion mit dem Berliner Kultursenator Rolf-Mömming. Der Bunker war von ausländischen Journalisten sogleich nach seiner Entdeckung als „Führerbunker“ und damit letzter Aufenthaltsort Adolf Hitlers – bezeichnet und vor allem im Ausland bekannt gemacht worden. Tatsächlich handelt es sich lediglich um einen „Führerbunker“, die betonierte Unterkunft für die Fahrbereitschaft der Reichskanzlei, der bei Kriegsende von den Insassen verlassen und unverzehrt verschüttet worden ist. Dieser Betonbunker mit mehreren Räumen auf einer Grundfläche von zehn mal dreißig Meter ist jedoch deswegen bemerkenswert, weil sich an einigen Wänden gut erhaltene Fresken befinden, die Auskunft geben über Geist und Vorstellungswelt der Angehörigen der Pratorianergarde des „Führers“. Sie sind – verfertigt von einem Laienkünstler der Leibstandarte – vermutlich um die Jahresmitte 1941 entstanden.

Der „Führerbunker“ mit den Wandmalereien ist von dem getäumelten, mehrstöckigen „Führerbunker“ – von dem

nach immer wieder ausgeführten Sprengungen in der Tiefe nur noch die Grundplatte und Reste der Beton-Außenwände unter einem Neubau an der früheren Wilhelmstraße existieren – weit entfernt und keinesfalls mit diesem zu verwechseln. Sicher ist auch, daß Adolf Hitler selbst und seine Paladine den „Führerbunker“ niemals betreten haben.

Der wissenschaftliche Direktor am Archäologischen Landesamt Berlin, Alfred Kernul, der seit seiner Entdeckung für den Bunker zuständig ist, hat im Juli dieses Jahres beantragt, den Bunker – der nach Vermessung, eingehender Dokumentation und Sicherung der Fresken wieder verschlossen wurde – unter Denkmalschutz zu stellen. Seine Forderung, die nicht nur in der deutschen Hauptstadt eine heftige Diskussion auslöste: Der Bunker sei ein Bunker-Denkmal. Als einziger hier noch sinnlich wahrnehmbarer Fixpunkt der historischen Topographie der Ministergärten und der Reichskanzlei müsse er „als begehbares Denkmal in situ erhalten bleiben“. Vom „Führerbunker“ und weiteren erhaltenen Bunkeranlagen ausgehend, lasse sich mit Hilfe von Übersichtsplänen eine anschauliche Ortsbeschreibung und historische Erschließung dieser geschichtsträchtigen Gegend an der alten Wilhelmstraße bis ins Barock zurück vermitteln.

Bei der erwähnten Diskussion tritt Kernul' erneut für Erhalt und Begebar-

keit dieses „Denkmals in der Landschaft“ und sprach von einer „authentischen Schicksalsspur“ und einem erhaltenswerten „Stein des Anstoßes“ im Herzen der Hauptstadt. Inzwischen laut gewordener Kritik, hier könne ein neozaristischer Wallfahrtsort entstehen, begabte er mit dem Hinweis, die Gegend werde ja ohnehin bebaut und dann liege der Bunker im Keller eines der neuen Gebäude. Es sei doch durchaus vorstellbar, daß der Bunker nicht jederzeit offenstünde, sondern nur von Einzelnen besucht werden könne, die sich vorher beim Hausmeister den Schlüssel geholt hätten. Zudem müsse natürlich ein „Begleithelfer“ erarbeitet werden, das den Besucher des Bunkers über die Zusammenhänge aufkläre.

Professor Stözl, Direktor des Deutschen Historischen Museums und Professor Rürup, wissenschaftlicher Leiter der Stiftung „Topographie des Terrors“ auf dem ehemaligen „Gestapo-Gelände“, wo ein internationales Dokumentationszentrum entsteht, nannten den „Führerbunker“ im Rahmen der Hinterlassenschaft des Nationalsozialismus „harmlos und banal“ und ohne historischen Wert.

Wenn man ihn erhalte, werde er wegen seiner Lage in der Mitte Berlins zu einer bloßen Touristenattraktion ohne Aussagekraft. Als Ort der Auseinandersetzung mit den Verbrechen der SS und des Nationalsozialismus sei er gänzlich ungeeignet, meinte Stözl. Rürup lehnte es kate-

gorisch ab, den Bunker unter die Obhut der „Topographie des Terrors“ zu nehmen. Durch die Skurrilität dieses Objekts werde die Seriosität des auf dem ehemaligen Gestapo-Gelände entstehenden Dokumentationszentrums gefährdet. Wenn man den Bunker erhalte, müsse man ihn allgemein öffentlich zugänglich machen. Die belanglosen SS-Überbleibsel des Bunkers würden aber eine ernsthafte Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus nicht befördern, sondern eher behindern.

Da es sich bei dem „Führerbunker“ um nichts historisch Bedeutsames handle und ein zu harmloses und daher verfälschendes Bild des Nationalsozialismus biete, solle er wieder zugeschüttet werden, sagte Stözl und Rürup übereinstimmend. Auch die Tatsache, daß an diesem Ort einst die Reichskanzlei stand, rechtfertige nicht, den Bunker als Vehikel zu erhalten, um die Reichskanzlei und alles, was sich dort abgespielt hat, wieder ins Bewußtsein zu leben. Beide sprachen sich jedoch dafür aus, wenn es technisch machbar sei, die Fresken herauszulösen und sie zu erhalten. In der Diskussion war noch einmal darauf hingewiesen worden, daß die Wandmalereien schon deswegen erhaltenwert seien, weil sie dokumentierten, wie im „Dritten Reich“ die offizielle Regierungskunst von einfachen Leuten und Laien aufgenommen und nachgemacht und dabei die latente Erotik der offiziell-

PETER JON

Der Bunker der SS-Leibstandarte Adolf Hitlers und der Kraftfahrer am Potsdamer Platz soll kein Wallfahrtsort werden. Darin sind sich Kultursenator Ulrich Roloff-Momin (parteilos), der Direktor des Archäologischen Landesamtes Alfred Kernd'l, der Verein „Aktives Museum Faschismus und Widerstand in Berlin“ und auch Christoph Stölzl, Direktor des Deutschen Historischen Museums (DHM), einig. Doch dann scheiden sich die Geister. Soll der Bunker gesprengt, geschlossen oder für die Bevölkerung geöffnet werden?

Roloff-Momin will die Schutzräume am liebsten verschließen. Die Spuren müßten allerdings gesichert werden. „Wir müssen sehr sorgfältig darüber sprechen“, so Roloff-Momin. Am gestrigen Abend wollte er sich auf Einladung des Aktiven Museums der Diskussion im Martin-Gropius-Bau stellen. Ende des Jahres muß er dem Abgeordnetenhaus ein Gutachten vorlegen.

Mit dem Kultursenator wollte sich der Archäologe Kernd'l streiten, der das Gelände zwischen Voß- und

Otto-Grotewohl-Straße unter Denkmalschutz stellen will. Seine Forderung: Die Berliner und Touristen müssen Zugang zu den Anlagen erhalten. Man dürfe die Erinnerung nicht auslöschen und die Vergangenheit ins Museum abschieben. „Es wird immer unverbesserliche Neonazis geben, die sich an solchen Orten versammeln wollen.“

Gerade dies aber will Christoph Stölzl vom DHM verhindern. Sein Vorschlag: Die Nazi-Wandgemälde fotografieren und in einem Museum ausstellen. „Kulturpolitisch sind die Anlagen uninteressant“, ist Stölzl überzeugt. Er ist allerdings gegen eine Zerstörung des Bunkers. Wie die Stiftung und Ausstellung „Topographie des Terrors“ neben dem Martin-Gropius-Bau. Christine Fischer-Defoy, Vorsitzende des Aktiven Museums, wünscht sich, daß die Stiftung die Bunker-Anlagen betreut und Führungen organisiert. „Wenn er denn geöffnet wird.“ Der Verein lehnt eine neue Gedenkstätte ab.

Christine Richter

Berliner Zeitung, 22. 10. 1992

Gegen die Mythenbildung

Diskussion über die Zukunft der unterirdischen Reste am Potsdamer Platz: Den falschen Führerbunker zugänglich machen oder zuschütten? ■ Von Anita Kugler

Der „Fahrerbunker“ am Potsdamer Platz, der immer noch irrtümlicherweise von Berlin-Touristen, Wallfahrtsjüngern und sonstigen Neugierigen für den „Führerbunker“ gehalten wird, soll so bleiben, wie er jetzt ist: nämlich unter der Erde und unzugänglich weil verschüttet. Zwar steht der definitive politische Beschluß, die unterirdischen Kammern nicht unter Denkmalschutz zu stellen noch aus, aber angedeutet wurde diese Entscheidung am Mittwochabend von Kultursenator Ulrich Roloff-Momin.

Sein Eindruck habe sich „verdichtet, daß dieser Bunker an dieser Stelle überbewertet werde“, sagte er bei einer Diskussionsveranstaltung des „Aktiven Museums Faschismus und Widerstand in Berlin e.V.“ zum Thema „Kultstätte oder Denkort – Was wird aus dem Bunker am Potsdamer Platz“. Allein in Berlin-Mitte gäbe es drei massiv gebaute Hochbunker, in denen viel eindringlicher das Grauen des Krieges dargestellt werden könnte, als ausgerechnet in den Schutzhöhlen der Kraftfahrer der SS-Leibstandarte „Adolf Hitler“. Die in den 10 mal 30 Meter großen Anlagen entdeckten Wandmalereien von blonden Mai-

den im Evakostüm und dem „heroischem“ Einzug deutscher Truppen in Griechenland könnten ja eventuell von den Wänden gelöst – so Roloff-Momin's Vorschlag zur Güte – und im Deutschen Historischen Museum gelagert werden. Der Kultursenator distanzierte sich somit von den Ansichten, die er noch vor einigen Monaten geäußert hatte, nämlich Denkmalschutz für die Objekte, damit „Optionen für künftige Überlegungen offengehalten werden“.

Am traurigsten über diese Überlegungen, sofern sie in eine Entscheidung münden, wird der Leiter des Archäologischen Instituts Alfred Kernd'l sein. Er, der im Sommer mit seiner Option, die Anlagen unter Denkmalschutz zu stellen und sie für die Öffentlichkeit zu erschließen, für Aufregung sorgte (vgl. taz vom 22.7.), verteidigte am Mittwoch noch einmal seine Ansicht. Die Bunkerreste seien „Stachel im Fleisch“, seien eine provokative Erinnerung und Mahnung an die, die wissen wollen, was aus preußischer Geschichte geworden sei. Von den vor 250 Jahren angelegten Mini-stergärten und der von Albert Speer 1937 hineingepflanzten Neuen Reichskanzlei sei nichts an-

deres übriggeblieben als diese banalen Reste. Als „unbequemes Bodendenkmal“ müßten sie daher erhalten bleiben, die Vergangenheit dürfe nicht ins Museum abgeschoben werden. „Ich wehre mich gegen die Glattmacher der Geschichte.“ Die Gefahr, daß diese Bunkerreste zu einem neuen Wallfahrtsort für Neonazis werden könnten, hält Kernd'l für gering. „Unverbesserliche wird es immer geben.“

Für diese Ansichten erhielt Kernd'l viel zustimmenden Beifall aus dem Publikum. Dem Mythos vom Führerbunker an dieser Stelle könne nur durch Präsentation des „Fahrerbunkers“ begegnet werden, sagten viele. Die Anlage sollte Teil eines Antikriegsmuseums werden, so unter anderen auch Ex-Umweltsenatorin Michaela Schreyer. Eine Position, die auch die Diskussionsleiterin der Veranstaltung, Christine Fischer-Defoy, verteidigte. Der Bunker solle in Form einer „Dokumentation“ geöffnet und in die Aufklärungs- und Bildungsarbeit der Stiftung „Topographie des Terrors“ integriert werden. Reinhard Rürup allerdings, Leiter der Stiftung, wies diesen Vorschlag vehement und „entristet“ zurück. Er halte überhaupt

nichts davon, den Fahrerbunker unter Denkmalschutz zu stellen, der Öffentlichkeit zu zeigen und um das Ganze einen Aufklärungsunterricht zu installieren. Dieses würde nur die Ernsthaftigkeit der Ausstellung auf dem Prinz-Albrecht-Gelände in Frage stellen. Die Bedeutung dieses Bunkers werde nur deshalb „hochgepunktet und aufgeblasen“, sagte er, weil jeder annähme, es sei der Führerbunker gewesen. Das stimme aber nicht, denn der läge 100 Meter weiter, tief unter dem Neubauviertel an der Otto-Grotewohl-Straße. Niemals könne dieses Mißverständnis ausgeräumt werden, wenn jetzt diese banalen Reste zum Museum hochstilisiert werden. Deshalb sollten die Anlagen zugeschüttet und von politischer Seite jeder Anspruch, daß die Anlagen wichtig seien, zurückgewiesen werden. Für Zuschütten plädierte ebenfalls Christoph Stölzl, Leiter des Historischen Museums. Die Bunkeranlagen erzähle nichts. „was wir nicht schon wissen“, meinte er. „Ein Glück meinte er abschließend, daß niemand bisher „die Hundehütte des Führers“ gefunden habe, um a dieser die „Banalität des Bösen“ zu dokumentieren.

taz, 23. 10. 1992

Als Gedenkstätte nicht tauglich

Der Bunker am Potsdamer Platz / Eine Podiumsdiskussion darüber, was damit anzufangen sei

Im Juni lief das Verfahren zur Unterschutzstellung des Bunkers am Potsdamer Platz an. Seitdem wird über ein solches Denkmal gestritten, allerdings meist unter falschem Vorzeichen. Der „Fahrerbunker“ für die Leibstandarte der SS gebaut, erhielt fälschlicherweise das Etikett „Führerbunker“. Dem Mythos zufolge hatte Hitler hier die letzten Kriegstage verbracht, eine an den Fakten orientierte öffentliche Diskussion, wie sie auf Anregung des Aktiven Museums im Martin-Gropius-Bau stattfand, erwies sich daher als dringend notwendig. Per Video wurde zunächst das kryptische Innenleben des Bunkers vorgeführt. Außer Flaschen, Minen und Waschräumen waren auch die dilettantisch ausgeführten Wandbilder zu erkennen, auf denen uniformierte „Herrenmenschen“ stolz Fahnen halten, während blonde Pinupgirls posieren. Die Bedürfnisse der SS-Leibstandarte sind wohl recht banal gewesen. Gerade deshalb wird dem Bunker von vielen Historikern jeglicher geschichtlicher Wert abgesprochen. Reinhard Rürup,

der die Stiftung „Topographie des Terrors“ leitet, Christoph Stölzl, Direktor des Deutschen Historischen Museums, und die Diskussionsleiterin Christine Fischer-Defoy, Vorsitzende des Vereins „Aktives Museum“, einigten sich jedenfalls darauf, daß der Bunker mitsamt seiner Ausstattung belanglos sei. Er gebe ein zu harmloses und daher verfälschendes Bild vom Nationalsozialismus wieder.

So mußte Alfred Kerndl, der Leiter des Archäologischen Landesamtes Berlin, den Advocatus Diaboli spielen. Er forderte vehement die Erhaltung des Bunkers sowie seinen öffentlichen Zugang. Das Bodendenkmal sei ein wichtiges materielles Dokument in authentischer Umgebung. Berlin brauche im Stadtzentrum einen solchen Stein des Anstoßes. Erst die Beiträge aus dem Publikum bereicherten die Debatte um neue Aspekte. So wies Angela Schönbberger (IDZ Berlin) darauf hin, daß nicht nur mit den Bunkeranlagen, sondern auch mit dem ehemaligen Standort der Reichskanzlei umzugehen sei. Der Kunstwissen-

schaftler Hans-Ernst Mützig kam dem Charakterstikum der Fresken auf die Spur. Laien hätten hier die Staatskunst nachgeahmt, dabei aber die latente Erotik der offiziellen Kunst in eine deutliche Sprache umgesetzt. Michaela Schreyer, ehemalige Senatorin für Städteentwicklung und Umweltschutz, sah in dem Bunker einen idealen Ort, um an die Verbrechen der Wehrmacht zu erinnern. Beifall fand ihr Vorschlag bei den Initiatoren des Anti-Kriegsmuseums.

Abrupt und resolut beendete Christine Fischer-Defoy die Veranstaltung, indem sie Ulrich Roloff-Momin das Schlußwort erteilte. Der Senator für Kulturelle Angelegenheiten, der für die Unterschutzstellung von Bodendenkmälern zuständig ist, schied sich bereits entschieden zu haben. Der Bunker sei keine Gedenkstätte, denn ihm fehlten zentrale pädagogische Aussagen. Lediglich die Wandbilder gelte es zu untersuchen. Sie hätten daher einen Platz im Deutschen Historischen Museum verdient.

ANNETTE TIETENBEI

Tagesspiegel, 23. 10. 1992

SS-Bunker – bitte beim Pförtner klingeln

Podiumsdiskussion über den Umgang mit den Kellerräumen der Leibstandarte

kf. Kreuzberg. Einer sagt Fahrerbunker, der nächste versteht Führerbunker – und schon ist die Sensation da. So beschrieb der Leiter der Ausstellung „Topographie des Terrors“, Reinhard Rürup, am Mittwochabend im Kinosaal des Martin-Gropius-Baus das seines Erachtens „hochgepunktete“ öffentliche Interesse für den 1990 entdeckten Bunker, in dem sich einst Mitglieder der SS-Leibstandarte von Adolf Hitler dienstbereit hielten. Die im Sommer '92 im englischen Fernsehen und in deutschen Zeitungen gezeigten Wandmalereien hätten keinen Rang für sich, seien nur Folklore der Waffen-SS. Wenn es denn finanziell vertretbar sei, sollten sie erhalten werden. Rürup bringt nicht umsonst die pekuniäre Seite auf das Tapet, wisse er doch, daß der Finanzminister die Kosten für die Denkmalpflege in den neuen Bundesländern kürzen werde. Nun gelte es Prioritäten zu setzen. Und dieser Bunker einer Fahrbereitschaft sei nun mal ein „banaler Ort“, ihm komme, werde er museal erhalten, eine Bedeutung zu, die ihm nicht zusteht. Das wäre Geschichtsverzerr-

ung. – „Ein Glück, daß die Hütte vom Schäferhund des Führers nicht stehenblieb“, pflichtet der Leiter des Deutschen Historischen Museums, Christoph Stölzl, seinem Kollegen bei und stuft den Rang dieser Wandbilder als „volkskundliches Echo der offiziellen Kunst“ ein.

Die Prominenz der Berliner Museumslandschaft trat hier auf dieser Podiumsdiskussion gegen einen kämpferischen Ausgraber an, der ein „Glattmachen“ der „letzten Schicksalsspur“ der Machtzentrale des Dritten Reiches erhalten will. Als Bodendenkmal, was längst nicht so kostenträchtig wie ein Museum sei. Alfred Kerndl, Leiter des Archäologischen Landesamtes, geht es um eine „materielle Erinnerung in authentischer Umgebung“. – „Bunkerschauer“ wird ihm da entgegengehalten, doch Kerndl zückt 500 Eintragungen im Besucherbuch des Zeughauses, wo bis vor kurzem Fotografien von diesen inbrünstigen Bildwerken der Leibwächter des Führers gezeigt wurden. 90 Prozent der einschreibenden Besucher hätten sich für den Erhalt des Bunkers ausgesprochen.

Nun wollten auch aus dem Publikum im nur mäßig besetzten Saal Stimmen gehört werden. Ihn interessiere es sehr, wie und wen die Nazikunst zu weitaus deutlicheren Schöpfungen angeregt habe, sagte ein Herr. Und das Mitglied des Abgeordnetenhauses Michaela Schreyer (Bündnis 90/Grüne), setzte nach, dieser Bunker müsse als Provokation erhalten bleiben, gerade seine Banalität sei spannend. Ein junger Mann bot eine Lösung an, man solle wie in Arles oder Barcelona das Bodendenkmal in die Bebauung mit einbeziehen. Wer denn das römische Bad – oder wie in diesem Falle – den Bunker sehen wolle, müsse beim Pförtner klingeln.

Das Aktive Museum „Faschismus und Widerstand“, das diesen Abend veranstaltete, hatte auch den Kultursenator Ulrich Roloff-Momin eingeladen. Der hörte sich nur und Wider an und befand schließlich, die Bilder hätten viel vom röhrenden Hirsch an sich, die man ablösen und in ein Museum stellen könnte. Der Bunker werde überbewertet, wenn man ihn als Memorial erhalte. Es sei ehrlicher, ihn zuzuschütten.

Neue Zeit, 23. 10. 1992



Enthüllung der Gedenktafel des Aktiven Museums am 5. 11. 92
Auguststr. 14/16

Hanni Ullmann, früher Erzieherin der AHAWAH mit zwei ihrer "Kinder" vor der Gedenktafel. Foto: J. Henschel

Text der Gedenktafel:

Dieses Haus, erbaut durch den Architekten Eduard Knoblauch, wurde aus Spendengeldern Berliner Juden finanziert und erhalten. Es war von 1861 - 1914 Krankenhaus der Jüdischen Gemeinde. Nach dem 1. Weltkrieg fanden jüdische Flüchtlingskinder aus Osteuropa hier ein Heim, das AHAWAH (Liebe) hieß. Von 1941 - 1943 war dieses Haus ein Sammellager, in dem alte jüdische Menschen auf ihren Abtransport in Tod warteten. Fünfzig Jahre nach den Deportationen erinnern wir mit dieser Tafel an die vergessenen Bewohner des Hauses.

Verdrängte Vergangenheit

Das jüdische Kinderheim in der Auguststraße / Von Regina Mönch

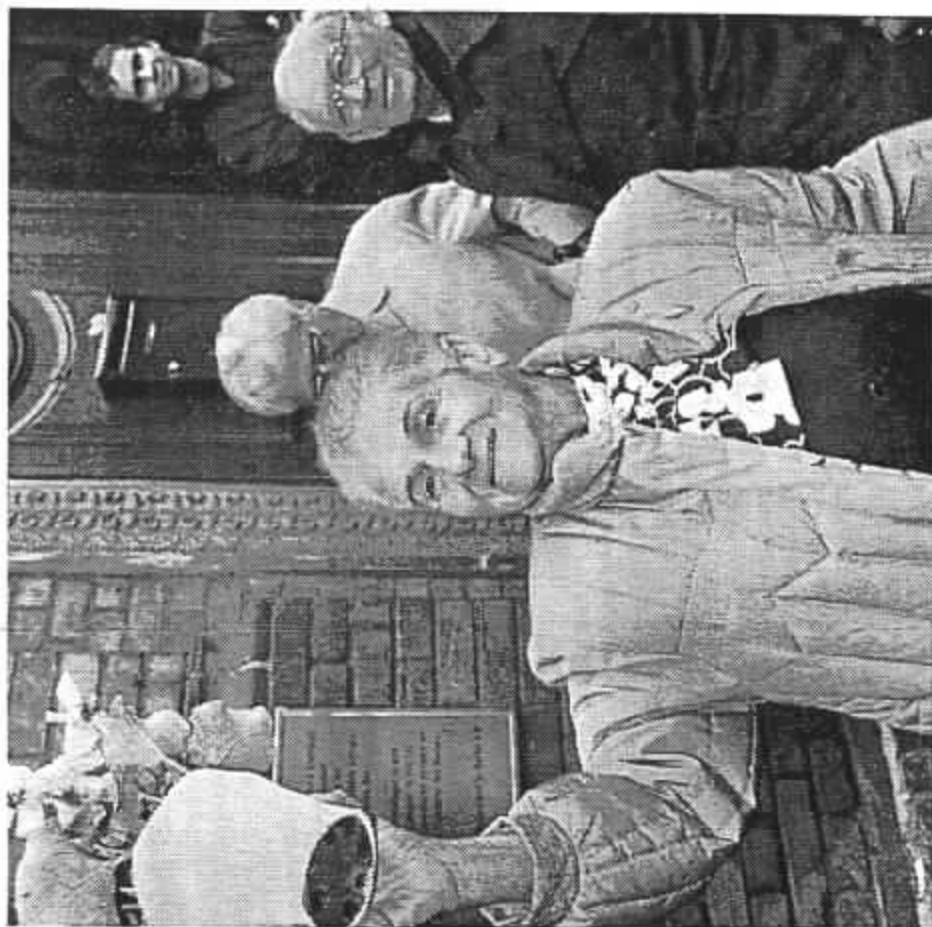
Ungefähr fünfzig Menschen hatten sich am Donnerstag vormittag im Innenhof der Auguststraße 14/16 eingefunden. Einige Schüler der Sechswachenschule, die heute in der Nummer 14 ihr Internat hat, und vor allem ältere Menschen. Eingeladen hatte das Aktive Museum: Wieder einmal jährte sich der Beginn der Deportationen jüdischer Bürger Berlins. Die Auguststraße 14 war eines der sogenannten Sammellager. Bis 1943, dann galt es als „judenrein“, und die HJ zog hier ein.

Eine Gedenktafel wurde gestern enthüllt – längst überfälliger Hinweis auf die verdrängte Vergangenheit dieses Hauses und dieses Viertels, in dem einst viele Juden lebten. Die Geschichte der Auguststraße war kein Thema im realsozialistischen Staat der Antifaschisten. Erst kürzlich erschien dazu im Aufbau-Verlag Regina Scheers Buch „Ahawah – das vergessene Haus“. Die leise, bewegende Geschichte beschreibt ihre Spurensuche nach dem in diesem Jahrhundert der Vergeßlichkeit versunkenen Leben der Auguststraße. Viele der Zuschauer hatten es mitgebracht.

Mitte des 19. Jahrhunderts errichtet, war es zuerst ein Jüdisches Krankenhaus. 1916 zog die Jüdische Kindervolkstüche ein, die an Flüchtlingskinder des Scheunenviertels Essen ausgab. 1918 beherbergte es vor allem Mütter mit kleinen Kindern, die vor Pogromen in Osteuropa geflohen waren. Seit 1922 lebten hier die Kinder des

Heimes „Ahawah“, bis es „Sammellager“ wurde.

Hanni Ullmann war und ist immer noch Erzieherin in der „Ahawah“, erst in Berlin, später in Palästina/Israel. Vor 65 Jahren habe sie zum ersten Mal vor dieser Tür gestanden, erzählte die 84jährige Erzieherin. Sie erinnerte nicht an den Schrecken der letzten Jahre, sondern an die Zeit davor. Neben der kleinen, unglaublich agilen Frau standen zwei alte Männer, sie klopfte ihnen fröhlich auf die Schulter: Alfred Rosenstrauch aus Paris, der auch Spanienkämpfer war, und David Marcus aus Berlin. „Wißt ihr noch, wie euch Minna Mühsam Bonbons zusteckte?“ Damals, erklärte Hanni Ullmann, waren die beiden fünfjährige Knaben und ihre Schützlinge. Minna Mühsam, die Schwägerin des später ermordeten Dichters Erich Mühsam, leitete zu dieser Zeit die Jüdische Kindervolkstüche, inzwischen in der Alten Schönhaukstraße untergebracht. Das Kuratorium dieser Einrichtung gründete 1922 den Verein Ahawah (zu deutsch Liebe), der das berühmte Kinderheim gleichen Namens unterhielt. Berühmt, weil sein sozialer und pädagogischer Anspruch außergewöhnlich war. Die Jahre bis 1934 seien die glücklichsten in diesem „dunklen Haus, in dem es soviel Licht und Freude gab“, gewesen, glaubt Hanni Ullmann. 1934 wanderte sie mit einer Kindergruppe, zu der die beiden Männer gehörten, aus.



ERINNERUNG AN EINE SCHÖNE ZEIT: Hanni Ullmann (84) vor dem einstigen jüdischen Kinderheim. Sie wanderte 1934 mit ihren Schützlingen nach Palästina aus – links dahinter Alfred Rosenstrauch (75), rechts David Marcus (75).
Foto: Stefan Nowak

Gedenken an jüdische Kinder

Tafel zur Erinnerung an Heim in Auguststraße angebracht

Hanni Ullmann, die letzte Leiterin des jüdischen Kinderheimes AHA-WAH, war aus Israel nach Berlin gekommen, um dabei zu sein, als gestern an dem einstigen Sitz des Kinderheimes in der Auguststraße 14 - 16 eine Gedenktafel eingeweiht wurde. Das Haus diente bis zum Beginn des 1. Weltkrieges als Krankenhaus der Jüdischen Gemeinde. Danach betreute die Jüdische Ge-

meinde hier Flüchtlingskinder aus Osteuropa. Besonders freute sich Hanni Ullmann über den inzwischen 74jährigen David Marcus und den 75jährigen Alfred Rosenstrauch. Beide hatte Hanni Ullmann vor vielen Jahrzehnten betreut. Während des deutschen Faschismus wurde aus dem einstigen Kinderheim ein Sammellager für jüdische Bürger. eb



Berliner Zeitung, 6. 11. 1992

Hanni Ullmann vor ihrer einstigen Wirkungsstätte in der Auguststraße.

Foto: Fieguth

SCHILDER ZUM DENKEN

Erst die weithin beachtete Ausstellung „Jüdische Lebenswelten“ im Martin-Gropius-Bau, dann, am dankwürdigen 9. November, die Grundsteinlegung für das jüdische Museum. Endlich, nach viel zu langer Zeit, beginnt sich Berlin seiner bedeutensten früheren Minderheit angemessen zu erinnern. Einen wichtigen Beitrag dazu leistet seit 1983 auch der Verein „Aktives Museum Faschismus und Widerstand in Berlin“. Um das Gedenken an die Juden und die Untaten der Nationalsozialisten nicht nur in Museen zu konservieren, bemüht sich der Verein, die Berliner Geschichte auch im Alltag sichtbar zu machen. So läßt das „Aktive Museum“ seit vielen Jahren an erinnerungsträchtigen Gebäuden Gedenktafeln anbringen. Immer wieder jedoch werden diese Tafeln zerstört. Drei von ihnen mußten erst kürzlich ersetzt werden: Eine am S-Bahnhof



Zur Erinnerung: AHAWA-Erzieherin Hanni Ullmann

Friedrichstraße zur Erinnerung an zwei Deserteure, die hier in den letzten Kriegstagen 1945 erschossen wurden. Die zweite in der Simon-Dach-Straße 33, dem Wohnhaus des Pazifisten Rudolf Poetzold, der 1944 wegen „Wehrkraftzersetzung“ ermordet wurde. Und die dritte in der Stresemannstraße erinnert an den Sitz der gefürchteten Gestapo in der damaligen Prinz-Al-

brecht-Straße 8 nahe des Gropius-Baus. Außerdem initiierte der Verein Anfang November das Anbringen von zwei weiteren Tafeln. Die eine erinnert in der Auguststraße 14/16 an das ehemalige jüdische Krankenhaus und Kinderheim AHAWA. Die andere ist in der Mommsenstraße 56 Kurt Singer gewidmet, der 1933 den jüdischen Kulturbund gegründet hatte und 1944 in Theresienstadt starb. EA

TIP 24/92



Hanni Ullmann erinnert sich: „Es war eine Ehre, hier zu arbeiten.“ Foto: Seferens

Ein Haus, in dem es einst viel Licht und Freude gab

Eine Gedenktafel für das jüdische Kinderheim AHAWAH

Zu einer bewegenden Veranstaltung geriet die Enthüllung einer aus Spendenmitteln vom Verein „Aktives Museum“ gestifteten Gedenktafel am ehemaligen jüdischen Kinderheim AHAWAH in der Auguststraße 14/16 in Berlin-Mitte. Rund 50 Menschen hatten sich trotz naßkalten Wetters im Innenhof des Gebäudes, das heute ein Internat für sechswache Kinder beherbergt, eingefunden.

Die Enthüllung der Tafel nahm Hanni Ullmann, eine heute in Israel lebende ehemalige Erzieherin der AHAWAH, vor. Sie wurde unterstützt von Alfred Rosenstrauch und David Marcus, die einst zu ihren Schützlingen im Kinderheim zählten. Die 84jährige erinnerte sich daran, wie sie vor 65 Jahren erstmals das Portal des Gebäudes, vor dem sie stand, durchschritten hatte, um sich bei der AHAWAH als Praktikantin zu bewerben: „Es war eine große Ehre, hier zu arbeiten.“

Das Gebäude wurde 1858-61 von dem Architekten der Neuen Synagoge, Eduard Knoblauch, als jüdisches Krankenhaus aus Spendenmitteln errichtet. Um 1916 bekam die Jüdische Kindervolksküche hier ihr neues Domizil. Täglich bereiteten Frauen der jüdischen Gemeinde ehrenamtlich 300 koschere Mahlzeiten für bedürftige Kinder des Scheunenviertels zu.

Aus der von Minna Mühsam, der Schwägerin des Schriftstellers Erich Mühsam, geleite-

ten Kindervolksküche ging 1922 das Kinderheim AHAWAH („Liebe“) hervor. Unter seiner Leiterin Beate Berger wurde hier eine fortschrittliche Pädagogik mit Kindermitbestimmung und Koedukation praktiziert. Die gütige Ausstrahlung der geradezu jugendlich wirkenden Hanni Ullmann läßt den heiteren Geist des Hauses noch einmal lebendig werden, das zwar dunkle Flure hatte, in dem es aber „so viel Licht und Freude“.

1934 gründete Beate Berger in der Nähe von Haifa die AHAWAH neu. Viele der Kinder konnten bis zur Auflösung des Berliner Heimes 1939 dorthin emigrieren. Seit 1941 diente das Gebäude als Sammelstelle für die Deportationen. Als es „judenfrei“ war, zog die „Hitler-Jugend“ ein.

Nach 1945 wurde das von Kriegsschäden verschonte Haus als Schule genutzt: Nichts wies zu DDR-Zeiten auf dessen jüdische Geschichte hin. Sie wurde erst nach der Wende von Regina Scheer geschrieben, deren Buch „AHAWA - Das vergessene Haus“ kürzlich im Aufbau-Verlag erschien. Hanni Ullmann begrüßte die anwesende Autorin und zollte ihrem Buch großes Lob.

„Hoffentlich“, sagte sie, die noch heute das von ihr gegründete Kinderheim „Neve Hanna“ in Kiryat Gat leitet, zum Abschluß der Veranstaltung, „wird dieses Haus weiter für Kinder genutzt.“ Michael Fernes

Allgemeine jüdische Wochenzeitung, 26. 11. 1992

Im Haus Sybelstraße 9 bestand von 1936 bis 1941 die

JÜDISCHE PRIVATE MUSIKSCHULE HOLLAENDER

Hier unterrichteten die jüdischen Lehrkräfte des
"Stern'schen Konservatorium Gustav Hollaender"
nach dessen zwangsweiser Arierisierung 1935.

Ihre Besitzer und Leiter

KURT HOLLAENDER (* 1885) und
SUSANNE LANDSBERG (* 1892) geb.
HOLLAENDER

wurden, wie viele der hier Lehrenden,
1941/43 deportiert und ermordet.

Diese vorläufige Gedenktafel wurde am 8. 11. 92 vom
Aktiven Museum Faschismus und Widerstand in Berlin e.V.
angebracht.



8. November 1992,
Sybelstr. 9
Christine Fischer-Defo
und Christiane Hoss
bringen die
provisorische
Gedenktafel an

Foto: Magdalene
Marcuse-Grünberg

Ein Paradies in finsternerer Zeit

Ausstellung erinnert an „Private Musikschule Hollaender“

Von Horst Seferens

Ein Stück verdrängter Berliner Musikgeschichte wird in einem Raum des Heimatmuseums Charlottenburg wieder lebendig: In einer Gemeinschaftsproduktion der Hochschule der Künste, des Vereins „Aktives Museum Faschismus und Widerstand“ sowie des Heimatmuseums Charlottenburg erinnert eine kleine Ausstellung an die „Jüdische Private Musikschule Hollaender 1936-1940“, die jetzt in Anwesenheit von Peter und Ruth Hollaender aus New York eröffnet wurde.

Die Anregung zu dieser Ausstellung hatte die Ablehnung eines Antrages des Vereins „Aktives Museum“ durch das Bezirksamt Charlottenburg gegeben, an dem Haus in der Sybelstraße 19, wo die Musikschule Hollaender in der kurzen Zeitspanne ihres Bestehens ihr Domizil hatte, eine Gedenktafel anzubringen. Daraufhin beschlossen Birgit Jochens, Leiterin des Heimatmuseums, und Christine Fischer-Dufoy, Vorsitzende des Vereins „Aktives Museum“ und Autorin eines Buches über Paula Salomon-Lindberg, die einst an der Musikschule Hollaender lehrte, die Konzeption der Ausstellung, die beim Bezirksamt offenkundig Eindruck gemacht hat: Wie der Charlottenburger Bezirksstadtrat Statzkowski anlässlich einer Vorbesichtigung der Ausstellung mitteilte, werde das Bezirksamt nun doch aus eigenen Mitteln eine Gedenktafel anbringen. Außerdem plane man, analog zum „Altstadtrundgang“, auch einen Rundgang „Jüdisches Leben in Charlottenburg“ mit einer begleitenden Broschüre, die Anfang 1993 vorliegen soll.

Indessen hat der Verein „Aktives Museum“ am Tag der Ausstellungseröffnung in der Sybelstraße 19 eine provisorische Tafel angebracht. Die Musikschule Hollaender, so sagt Alexander Ringer, der bis zu seiner Emigration dort studierte und heute als Musikwissenschaftler in den USA lebt, war „der jüdische Teil des „Stern'schen Konservato-

riums“. Diese traditionsreiche Berliner Institution, die sich damals im Besitz der Familie Hollaender befand, wurde 1936 zum Konservatorium der Reichshauptstadt Berlin „ariisiert“. Der bisherige Teilhaber und Geschäftsführer Kurt Hollaender gründete daraufhin eine neue Musikschule, die bereits am 14. April 1936 ihre Arbeit aufnehmen konnte. Die entlassenen jüdischen Lehrer des Stern'schen Konservatoriums fanden hier neue Beschäftigung. Im ersten Jahr unterrichteten 36 Lehrer 120 Schüler in allen Sparten der Musik. Ein deutlicher Einbruch erfolgte nach dem Novemberpogrom von 1938, bis die Quellen im Jahre 1940 vollständig versiegt.

Ein großer Teil der gezeigten Dokumente stammt von ehemaligen Schülern der Musikschule Hollaender, die dem Holocaust entkommen konnten. Der heute in Montevideo lebende Horst Prendky, der einst als jüngster Musiker im Orchester des Kulturbundes spielte, stellte sein Archiv zur Verfügung. Anhand von Fotos, Akten, Programmzetteln und privaten Aufzeichnungen rekonstruiert die Ausstellung das kurze Leben der Institution, die für Alexander Ringer in einer Umgebung täglich wachsender Judenfeindschaft „ein Paradies“ bildete. Exemplarisch werden einige Lehrer und Schüler vorgestellt, so die Musikwissenschaftler Oskar Guttman und Anneliese Landau, ferner Henry Bloch, der heute als Dirigent in New York wirkt, sowie Henry Meyer, der Auschwitz überlebte und später 2. Geiger des LaSalle-Quartetts wurde.

Das Ende der Schule liegt im Dunkeln. Aufschluß über das Schicksal der Familie Hollaender geben die Enteignungs- und Deportationsakten: Nachdem am 27. Oktober 1941 ihr Eigentum konfisziert wurde, wurden sie noch am selben Tag nach Lodz deportiert, wo sich ihre Spur verliert. Die Schwester von Kurt Hollaender, Susanne Landsberg-Hollaender, die musikalische Leiterin der Schule, wurde 1943 deportiert und in Auschwitz ermordet.

Allgemeine Jüdische Wochenzeitung, 3. 12. 1992

Einleitungsreferat zur Veranstaltung "Rechtsextremismus und Justiz" am 25.11.1992

Vor genau zwei Jahren, in der Nacht vom 24. auf den 25. November 1990, waren in Eberswalde ungefähr 100 Personen, Männer und Frauen, Skinheads, Heavy-Metals und "Stinos", also "stinknormale" Jugendliche, zum "Hüttengasthof" gezogen, damals dem einzigen Lokal in Eberswalde-Finow, wo sogenannte "Ausländer" freundlich empfangen wurden. Vorher hatte der Trupp sich in einer Diskothek aufgeheizt, u.a. mit Liedern der Skin-Rockband "Böhse Onkelz". Schon am Nachmittag hatten sich Skins aus Gartz mit dem selbsternannten Führer der rechten Szene in Eberswalde getroffen, natürlich ganz harmlos, auch wenn man später einen Baseballschläger zum gemeinsamen abendlichen Feiern mitnahm.

Als der Pulk dann gegen Mitternacht loszog, war die Polizei schon gut informiert und alarmierte den Wirt des "Hüttengasthofs". Er schloß das Lokal, die Afrikaner flohen in alle Richtungen - auch in die, aus der die Rassisten kamen. Einer von ihnen war Amadeu Antonio. Eine Gruppe von etwa zehn Männern umkreiste ihn. Sie schlugen ihn solange, bis er zu Boden ging und auch dann traten sie noch auf ihn ein. Er starb später, weil seine rechte Augenhöhle zertrümmert war.

Es gibt Länder, in denen solche Schreckenstaten als

Lynchmord bezeichnet werden. Im Urteilsspruch des Richters war von einer "jugendtypischen Verfehlung" und einem "Ritual mit Gruppendynamik" die Rede. Doch dazu später mehr. Denn bevor ich auf die juristische Aufarbeitung des Todes von Amadeu Antonio eingehe und sie aus unserer Sicht bewerten möchte, will ich noch auf eines hinweisen:

Der "Märkischen Oderzeitung" war der Tod von Amadeu Antonio damals eine zehnzeilige Nachricht wert. Es waren schwarze politische Gruppen wie das "Black Unity Committee" und die "Initiative Schwarzer Deutscher" aus Berlin, die als erste eine breitere Öffentlichkeit über den brutalen Überfall informierten und die weiteren Opfer in der damaligen Nacht sowie die Lebensgefährtin von Amadeu Antonio moralisch und finanziell unterstützten.

Die Eberswalder Behörden halfen nicht. Auch dann nicht, als die rassistischen Übergriffe auf Amadeu Antonios Lebensgefährtin und ihren kurz nach Amadeu Antonios Tod geborenen Sohn weitergingen ebenso wie gegen andere Immigranten und deutsch-afrikanische Familien. Die Unfähigkeit der Behörden, die Betroffenen zu schützen und ihnen zu helfen - auch das ist Teil der bitteren Geschichte in Eberswalde und gleichzeitig

nicht untypisch für die Situation in ganz Deutschland.

Anfang Juli 1992, eineinhalb Jahre nach der Mordnacht, begann der Prozeß vor dem Bezirksgericht Frankfurt/Oder. Sechs in der Nacht Beteiligte waren angeklagt, einer von ihnen floh vor Beginn des Prozesses. Man hatte es nicht für nötig gehalten, die Angeklagten in U-Haft zu nehmen. Bis auf einen - der hatte Monate später noch einen Deutschen erschlagen. Das Gericht ließ die Lebensgefährtin Amadeu Antonios und ihren Sohn als Nebenkläger zu. Vor dem Hintergrund der rasant ansteigenden Welle rassistischer Gewalt - Rostock geschah eine Woche vor der Urteilsverkündung am 14. September - stieß der Prozeß nun in den Medien auf ein enormes Interesse: Erstmals wurde der Tod eines Opfers der rassistischen Gewalt in den neuen Bundesländern juristisch aufgearbeitet. Der Prozeß selbst und die Einzelheiten des Geschehens in der Mordnacht, die er zu Tage förderte, können als exemplarisch gelten für die Situation im "neuen Deutschland".

Die Polizei

Im Verlauf des Prozesses wurde klar: Eberswalde war ein "früher Fall von Rostock". Die Rechtsextremen wurden schon Stunden vor den Krawallen von der Polizei beobachtet. Zwanzig Polizisten hatten sich in der Nähe des Tatorts postiert - nur leider so, daß sie nicht gesehen wurden und auch selber nichts sahen. Man wollte die

Situation nicht eskalieren lassen, rechtfertigte sich später der Einsatzleiter. Erst nach dem Oberfall konnten noch "ein paar Verletzte festgestellt" werden, wie es im Amtsdeutsch so schrecklich heißt.

Aus nächster Nähe beobachteten dagegen drei bewaffnete Beamte in Zivil, gut versteckt in der Pförtnerloge einer Chemiefabrik, den Oberfall. Auch sie griffen nicht ein, denn sie hatten dafür keinen Auftrag! Ein Polizeioberkommissar sagte später im Prozeß: "Als der schwarze Bürger das Laufen gekriegt hat in Richtung Finow, da ist ein Herr mit Baseballschläger hinter ihm hergewesen." (Eulenspiegel, Aug. 92) "Dann habe ich einen Auflauf von Menschen gesehen, die sich bewegten und mit den Füßen trampelten. Als sie sich auflösten, lag der schwarze Bürger auf dem Boden." (taz, 7.7.92) Fazit des Richters im Prozeß: "Es schwebt im Raum, daß die Polizei versagt hat." (taz, Tagesspiegel, 17.7.92) Wie wahr! Wenn die Polizei eingegriffen hätte, würde Amadeu Antonio heute vermutlich noch leben.

Inzwischen ermittelt die Staatsanwaltschaft gegen die drei Zivilbeamten wegen unterlassener Strafvereitelung im Amt. Selbstverständlich müssen auch die anderen Polizisten in der damaligen Nacht zur Verantwortung gezogen werden. Ungeheuerlich bleibt, daß das Innenministerium Brandenburg ein Disziplinarverfahren gegen die in der damaligen Nacht einge-

setzten Ordnungshüter ablehnte, da man keine Anhaltspunkte für ein Fehlverhalten fand.

Auch die strafrechtlichen Ermittlungen nach dem Überfall verliefen schleppend. Pannen blieben nicht aus. So wurde eine wichtige Augenzeugin nicht vernommen (ND, 17.7.92) und Identifizierungen wurden erschwert, da die Beteiligten aus der rechten Szene von der Polizei erst ein halbes Jahr später fotografiert worden waren (Tagesspiegel, 17.7.92).

Die Zurückhaltung der Polizei bei rassistischen Überfällen ist kein Einzelfall. Für uns ist es daher eindeutig, daß die Forderung nach schärferen Gesetzen zur Bekämpfung des Rechtsextremismus am Kern des Problems völlig vorbei geht. Was tatsächlich fehlt, ist das sofortige Eingreifen und eine konsequente Strafverfolgung durch die Polizei.

Interessant ist aber vor allem die Frage, warum bislang nicht schärfer eingegriffen wurde. Hinweise auf Desorientierung und den Imageverlust der Polizei in den Neuen Bundesländern sind vor dem Hintergrund der Ereignisse in den letzten drei Jahren eine völlig unzulängliche Entschuldigung. Die Ursache liegt wohl eher in dem rein taktischen Umgang mit der steigenden rassistischen Gewalt bei einem überwiegenden Teil der Politiker und Behörden. Denn zunächst wurde der Terror ignoriert und verharmlost. Nun soll er der Durchsetzung innenpolitischer Sicherheitskonzepte dienen, die na-

türlich auch die Linken treffen werden - die "Eierschmeißer" und "Trillerpfeifenleute" eben.

Ein weiteres kommt hinzu: Es gibt inzwischen nicht wenige Berichte über Rassismus in der Polizei bis hin zu einer lokalen Tolerierung von Rechtsextremen durch die Ordnungshüter. Auch eine Zeugin im Eberswalder Prozeß berichtete von der Aussage eines der Zivilpolizisten: "Ich tu für einen Akrikaner nichts." (Zeit, 10.7.92) Wir fordern von den staatlichen Stellen, Rassismus in der Polizei nicht länger totzuschweigen, sondern entschieden zu bekämpfen. Dies ist auch ganz wesentlich für die Opfer, die aufgrund dieses Rassismus in vielen Fällen Überfälle gar nicht mehr zur Anzeige bringen.

Staatsanwaltschaft und Gericht

Die Stimmung im Gerichtssaal hat wohl jede und jeden, der diesen Prozeß beobachtete, schockiert. Die Lebensgefährtin Amadeu Antonioss mußte sich anhören, wie die Angeklagten und ca. vierzig Zeugen aus der rechten Szene mit brutaler Gleichgültigkeit den Tathergang referierten. Z.B. so: "Als der Neger dann am Boden lag, da is ihm einer auf'n Kopf gesprungen. Also drei, vier Schritte Anlauf und dann volle Pulle." Richter: "War das ein Dicker, der ihm auf den Kopf gesprungen ist?" Der Angeklagte, leicht amüsiert: "Nee, dann hätte der Kopf auch anders ausgesehen." (Berliner Zeitung, 15.7.92)

Oder so: Eine Zeugin: "Der erste Neger geht auf Kai sein Konto...Ein Heavy-Metal ist Neger Nummer Zwei mit voller Wucht auf den Kopf gesprungen..." (Märkische Oderzeitung, 10.7.92).

Die Vernehmung der rechten Zeugen wurde zum Teil zur Farce. Frühere Aussagen, die die Angeklagten belastet hatten, wurden, anscheinend nach Absprache, zurückgenommen. Mit der Standardantwort "Daran kann ich mich nicht mehr erinnern" gaben sich Gericht und Staatsanwaltschaft oft viel zu schnell zufrieden. Erinnerungslücken, Falschaussagen, ein kollektiver Gedächtnisverlust prägten das Bild. Das konkrete Geschehen in der Nacht und die Tatbeteiligung der Einzelnen wurden immer unklarer. Umso deutlicher trat die Gesinnung hervor: Ein "echter Skinhead" erklärte: "Das Leben eines Schwarzen bedeutet mir nichts." Andere statteten der Gerichtsverhandlung in HJ-Uniform oder mit Hakenkreuzemblem einen Besuch ab.

Sie alle waren dabei gewesen, hätten ebensogut auf der Anklagebank sitzen können und zeigten nicht eine Spur von Bedauern. Folgerichtig hat nun die Staatsanwaltschaft weitere Ermittlungen gegen siebzehn Zeugen eingeleitet. Die Angeklagten belustigte das Geschehen eher. Rechtsanwalt Ronald Reimann, Vertreter der Nebenklage, resümierte in seinem Plädoyer: "Je mehr die Zeugen mauerten, desto besser wurde

die Stimmung auf der Anklagebank."

So erschreckend diese Szenerie war, weitaus fataler wirkte die Hilflosigkeit des Gerichts angesichts des offensiven Auftretts der rechten Gemeinschaft. Oft schien es so, als ob nicht der Tod eines Menschen Anlaß des Prozesses war, sondern ein banaler Ladendiebstahl von Jugendlichen. Während der Richter peinlich genau darauf achtete, daß das Gericht nicht durch Kaugummi kauende Zeuginnen herabgesetzt wurde, konnten dieselben Zeugen ihren Rassismus unwidersprochen zur Schau stellen.

Auch in der Presse überwog der Eindruck: Das Gericht kommt diesen Leuten nicht bei. Erst allmählich entschloß man sich zu einem härterem Durchgreifen (Androhung von Beugehaft und Zwangsgeld, "Strafsitzen" unter Polizeibewachung). Offen bleibt die Frage, warum nicht alle Zeugen unter diesen Umständen vereidigt wurden, um ~~das~~ kollektive Schweigen zu brechen. Erst den Aussagen des sechsten Angeklagten war es vermutlich zu verdanken, daß es überhaupt zu einer Verurteilung kam. Er war schließlich doch noch in Stuttgart verhaftet worden und belastete bei seiner Vernehmung drei Angeklagte und eine Reihe weiterer Zeugen schwer.

Doch nicht nur das: Auch der Richter selbst demonstrierte anschaulich die vielfältigen Formen des "ganz alltäglichen" rassistischen Denkens. Auch

nach öffentlichem Protest wollte er den diskriminierenden Begriff "Neger" nicht ganz aus seinem Wortschatz streichen. Immerhin ging es darum, bei den Vernehmungen im "sozial adäquaten Jargon" zu bleiben. Die Gefühle der Anghörigen mußten da selbstverständlich zurückstehen. Die Namen der Opfer wurden in der Verhandlung sowieso kaum einmal genannt. Der Einfachheit halber hatte man sie von 1 bis 4 durchnummeriert und damit ihre Entmenschlichung im Gerichtssaal fortgesetzt. Kein Wunder also, daß einige Verteidiger selbst in ihren Plädoyers am Schluß des Prozesses, den Namen Amadeu Antonios nicht richtig kannten. Sie hatten im übrigen das rassistische Begriffs-Wirrwarr noch durch das Wort "Schwarzhäute" gesteigert. Ignoranz wurde zur Methode, als den wenigen schwarzen Zeugen, zum Teil Opfer in der damaligen Nacht, trotz offensichtlicher Sprachprobleme ein Dolmetscher verweigert wurde.

Im Jugendstrafrecht steht der erzieherische Aspekt im Vordergrund. Wir meinen, daß dieser Aspekt auch im eigenen Verhalten des Gerichts und der dort beteiligten Personen zum Ausdruck kommen sollte. In den Rassismen der juristischen Vertreter spiegelte sich dagegen ein weiteres Mal die Mißachtung der Opfer.

Geradezu abgeblockt wurden vom Gericht alle Nachfragen des Vertreters der Nebenklage zur rechtsextremen Organisierung der Täter. Anzeichen für eine Organisierung gab es immerhin:

Einer der Führer der Neonazi-Szene in Eberswalde hatte Kontakte zur "NF" und plante damals die Gründung eines "Deutsch-Nationalen Bundes". Zögernd gaben zwei Zeugen zu, daß er an diesem Abend und auch schon vorher zu Aktionen gegen die sog. "Negerdisco" angestiftet hatte. (Märkische Oderzeitung, 16.7.92) Auch wenn nicht alle damaligen Täter stramm organisierte Neonazis waren, wird mit der Ausblendung des Organisationszusammenhangs die rassistische Gewalt ein weiteres Mal verharmlost.

Mit dieser Haltung steht das Gericht jedoch nicht allein. Fast immer gelten rechte Aktivitäten als spontane Taten, verübt von betrunkenen Jugendlichen. Nur mühsam ringt sich der Verfassungsschutz beispielsweise dazu durch, die zunehmende Politisierung der Skinhead-Szene anzuerkennen. Auch von Seiten der Bundesanwaltschaft hält man sich hier zurück. Nach Bernd Siegler, Redakteur der taz, wurden im Bereich des sogenannten Linksterrorismus in den letzten beiden Jahren 297 Verfahren nach §129a eingeleitet, überwiegend wegen Werbens für eine terroristische Vereinigung oder Unterstützung. Gegen sogenannte Rechtsterroristen wurden dagegen ganze sechs Verfahren nach §129a eingeleitet. Inzwischen sitzt ein Rechtsextremist wegen §129 bzw. §129a in Haft, drei Ermittlungsverfahren sind derzeit im Gang. (taz.8.10.92)

Ob gerade linke Gruppen Ermittlungen für Rechte nach

§129a fordern können und sollen, ist eine der Fragen, die wir heute Abend diskutieren wollen. Gefordert werden müßte zumindest eine genauere Erforschung der Zusammenhänge zwischen organisiertem Rechtsextremismus und seinem noch nicht gebundenen Umfeld.

Urteil und Urteilsbegründung

Das Gericht verurteilte nach zweieinhalbmonatiger Verhandlung drei Angeklagte, die an den tödlichen Schlägen und Tritten gegen Amadeu Antonio beteiligt waren, wegen gefährlicher Körperverletzung mit Todesfolge zu je vier Jahren Jugendstrafe. Ein weiterer Angeklagter war nach Ansicht des Gerichts nicht bei der Ermordung Amadeus beteiligt. Er gab aber zu, einen anderen Afrikaner mit dem Messer schwer verletzt zu haben und erhielt eine dreieinhalbjährige Jugendstrafe wegen gefährlicher Körperverletzung sowie Beleidigung und Nötigung. Der Fünfte kam mit einer zweijährigen Bewährungsstrafe wegen Körperverletzung davon. Er behauptete, Amadeu Antonio geschlagen zu haben, sich aber dann von der Gruppe, die Amadeu Antonio zu Tode prügelte, entfernt zu haben.

Für Gefühle der Genugtuung läßt das Urteil allerdings keinen Raum, obwohl man angesichts der schwierigen Beweislage schon froh sein mußte, daß es überhaupt zu einer Verurteilung kam. Die Haftstrafen blieben alle unter den Anträgen der Staatsanwaltschaft, die für Jugendstrafen zwischen drei und

fünfeinhalb Jahren plädiert hatte. Das Gericht verurteilte die Angeklagten wegen schwerer Körperverletzung mit Todesfolge und nicht wegen Totschlags, wie der Vertreter der Nebenklage gefordert hatte.

So fand die Lebensgefährtin von Amadeu Antonio die Strafen denn auch zu niedrig. Ebenso empörten sich verschiedenste Organisationen über zu milde Strafen und auch die dazu angeführten Begründungen: Zwar bewertete das Gericht die "ausländerfeindliche" Motivation der Angeklagten als strafverschärfend. Strafmildernd seien jedoch die gesellschaftspolitischen Umstände (Wende, Wohnungs- und Arbeitslosigkeit) und die Tatsache, daß der Tod Amadeus nicht geplant gewesen sei, sondern eher Ergebnis einer "jugendtypischer Verfehlung" und eines "Rituals mit Gruppendynamik". Diese Argumente sind bekannt: Sie entlasten die Täter und verharmlosen die Tat. Und sie haben oft wenig zu tun mit den realen Lebensbedingungen der Täter. So hatte die Mehrheit der Angeklagten einen Arbeitsplatz und eine Wohnung. Auch der familiäre Hintergrund oder die Schullaufbahn lieferten keine Hinweise auf überdurchschnittliche soziale Probleme.

Eine Verhöhnung der Opfer ist die Argumentation des Gerichts im Fall des Angeklagten, der eine Bewährungsstrafe erhielt. Nach seinem Motiv befragt, hatte er angegeben, zwei Wochen vor dem Überfall selbst von Afrikanern verprügelt worden zu

sein. Das Gericht hielt daher seinen Frust auf "Ausländer" für "nachvollziehbar", auch wenn dies keine Entschuldigung für sein Verhalten sei. Verständnis also für ein rassistisches Rechtfertigungsmanöver.

Thesen

1) Gleichgültigkeit, Verharmlosungen und Rassismus - diese Worte beschreiben die Reaktion eines überwiegenden Teils der Politiker und Strafverfolgungsbehörden auf die Woge rassistischer Gewalt bislang recht genau. Inzwischen lesen wir jeden Tag in der Presse vollmundige Bekenntnisse zu einer offensiven Sicherheitspolitik und hören den lauten Ruf nach schärferen Gesetzen. Dies ist nur allzu oft verlogen: Denn die demagogische Asyldebatte der Politiker lieferte den Rassisten auf der Straße erst die öffentliche Rechtfertigung. Zudem besteht bei dieser Debatte die Gefahr, Rassismus weiterhin nur als Problem einer gewalttätigen jugendlichen Minderheit zu begreifen, während die Beifallklatscher und "Schreibtischtäter" weitermachen können.

Gefordert ist vielmehr politisches Handeln von uns allen die Umsetzung einer antirassistischen Politik auf allen gesellschaftlichen Ebenen. Ihren gesetzlichen Ausdruck müßte diese Politik finden in der Abschaffung institutioneller Formen des Rassismus, z.B. der vielfältigen "Ausländergesetze", des Blut-

rechts bei der Definierung der deutschen Staatsangehörigkeit u.s.w., die "ganz legal" einen Teil der Menschen in diesem Land diskriminieren. Antidiskriminierungsgesetze, die einen gesetzlichen Rahmen zum Abbau von Diskriminierungen auf dem Wohnungs-, Arbeits- und Bildungsmarkt schaffen, wären ein weiterer Schritt in diese Richtung.

2) Kurzfristig stellt sich dennoch die Frage: Brauchen wir höhere Strafen und schärfere Gesetze als letzte Mittel, um die rassistische Gewalt einzudämmen?

Vor dem Hintergrund täglich neuer Todesnachrichten stehen gerade Linke, die der Ausweitung staatlicher Verfolgung und Sanktionen traditionell kritisch gegenüberstehen und immer deren erstes Opfer waren, heute in der Gefahr, in ein Konzept vom "starken Staat" eingebunden zu werden. Wir lehnen innenpolitische Sicherheitskonzepte (die Verschärfung des Straftatbestandes Landfriedensbruch, erweiterte geheimdienstliche Ermittlungsmöglichkeiten, die Anwendung des Paragraph 129a) ab, die tatsächlich die politische Handlungsfähigkeit von uns allen einschränken.

3) Wir glauben dennoch, daß es auch juristischer Mittel bedarf im Umgang mit rassistischer Gewalt. Bei der Strafverfolgung und juristischen Aufarbeitung sollte jeglicher Tendenz zur Verharmlosung, Bagatellisierung und Verschleierung

der Realität rassistischer Verbrechen entschieden entgegengetreten werden. Nur zu oft geschieht dies nicht, weil die Gewalt von rechts kommt und weil die Opfer schwarz sind. Insgesamt muß es unserer Meinung um einen Umgang mit rassistischer Gewalt von Seiten der Polizei, Staatsanwaltschaft und der Gerichte gehen, der nicht verharmlosend ist gegenüber den Tätern und nicht diskriminierend gegenüber den Opfern. Dazu gehört u.a.:

- Die Benennung der Tötungsabsicht in der Anklage und des rassistischen Motivs als strafverschärfenden Umstand,

- Die Verhängung von Haftstrafen, die deutlich machen, daß der Tod eines schwarzen Menschen in dieser Gesellschaft genauso geahndet wird wie der eines weißen.

Dazu gehört auch, nicht voreilig Verständnis für die Täter zu entwickeln, indem man sie ausschließlich als Opfer sozialer Verhältnisse oder der Umbruchsituation im Osten sieht. Gerade in jugendsoziologischen Ansätzen sind diese Erklärungen beliebt, auch wenn sie allzu oft an der Wirklichkeit vorbeigehen. Hier wird eine neue "Verharmlosungsvariante", diesmal eher von links, etabliert.

Wir glauben zudem, daß auch auf der strafrechtlichen Ebene schon vorhandene Möglichkeiten ausgeschöpft und im Einzelfall konkretisiert werden müssen, die sich gezielt gegen rechts-extreme oder rassistische Orga-

Meinungsfreiheit und Demokratie auch für rechte Gruppen sollten dort ihre Grenze finden, wo die Menschenwürde angegriffen wird und anderen das Recht auf Leben abgesprochen wird. Die Tatsache, daß rassistische Gewalt und Diskriminierung Unrecht sind, sollte auch in gesetzlichen Regelungen ihren Ausdruck finden.

Der Sinn einzelner Maßnahmen, wie z.B. Organisationsverbote von Nazi-Nachfolgeorganisationen, ist auch bei uns umstritten. Denkbar wäre auch ein Verbot des Tragens auch NS-ähnlicher Symbole oder die Anwendung einschlägiger Paragraphen wie §130 Volksverhetzung oder § 185 Beleidigung nicht nur bei bestimmten antisemitischen, sondern auch rassistischen Äußerungen.

Gesetze, Haftstrafen, Verbote werden individuelle rassistische Haltungen nicht verändern und ersetzen nicht die politische Diskussion. Sie setzen aber Signale und können zu einer gesellschaftlichen Ächtung des Rassismus beitragen, die heute nötiger ist denn je, um die Betroffenen besser zu schützen.

(Antirassistische Initiative, November 1992)

Das Dilemma der Linken

Diskussion über Rechtsextremismus / Von Beatrice von Weizsäcker

Daß der Abend eine solche Brisanz haben würde, hätten die Veranstalter nicht gedacht, vor allem nicht gehofft. „Rechtsextremismus und Justiz“ – die Organisatoren hatten das Thema eigentlich zum Gedenken an den tödlichen Überfall rechtsradikaler Skinheads auf den Angolaner Amadeu Antonio vor genau zwei Jahren in Eberswalde geplant. Doch es war der Brandanschlag von Mölln, der dem Verein „Aktives Museum Faschismus und Widerstand in Berlin“, der „Antirassistischen Initiative Berlin“ und der „Neuen Richtervereinigung“ am Mittwochabend einen vollen Saal im Gropius-Bau bescherte.

Abscheu, Ratlosigkeit und Wut bestimmten weite Strecken der Diskussion. Was ist zu tun? Sind die juristischen Mittel zum Kampf gegen den Rechtsradikalismus geeignet? Brauchen wir höhere Strafen und neue Gesetze? Wolfgang Herringer, seit zwanzig Jahren Jugendrichter am Amtsgericht Tiergarten, warnte eindringlich davor, die mühsam errungenen Fortschritte in der Jugendgerichtsbarkeit zugunsten schärferer Gesetze aufzugeben. Schon lange sei erwiesen, daß eine strenge Verurteilung von jungen Straftätern – und um diese gehe es bei den Ausschreitungen vornehmlich – zu nichts führe, betonte der Richter. Der Vergleich etwa mit den USA zeige, daß selbst die Todesstrafe keine abschreckende Wirkung habe. Desgleichen seien Gefängnisstrafen – statistisch belegbar – nicht geeignet, einen Täter wieder auf die richtige Bahn zu bringen.

Auch die anderen Teilnehmer sind sich einig: Der Ruf nach schärferen Gesetze sei ein „billiger Ausweg“, so Jürgen Röper, Ministerialrat im Brandenburger Justizministerium. Außerdem gehe er „am Kern vorbei“, ergänzt die Vorsitzende des Aktiven Museums, Christine Fischer-Defoy. Die Rechtsanwältin Margarete von Galen schließlich findet, das Strafrecht sei generell ein „untaugliches Mittel“ gegen die zunehmende Gefahr von rechts.

Doch plötzlich kommen doch, einem Gefühlsausbruch gleich, eine ganze Reihe von Forderungen an den Gesetzgeber:

Verbot von NS-ähnlichen Symbolen, Ausweitung des Tatbestands der Volksverhetzung und Kollektivbeleidigung auf fremdenfeindliche Äußerungen und schließlich ein Antidiskriminierungsgesetz, das selbst jene bestraft, die in einem Kaufhaus einen Ausländer zuletzt bedienen.

Die feste Haltung gegen schärfere und neue Gesetze bröckelt. Leise, aber unüberhörbar schwingt der Ruf nach einem starken Staat mit. Eine absurde Situation tut sich auf, sind es doch die Linken – zu denen sich die Veranstalter und ihr Publikum zählen –, die sich immer gegen den Staat, einen starken zumal, zur Wehr gesetzt haben. Auch jetzt will eigentlich keiner Abschied von den alten Positionen nehmen: So schlägt jemand vor, die „Lex RAF“, das Verbot zur Bildung terroristischer Vereinigungen (Paragraph 129 a des Strafgesetzbuches), auf Rechtsextremisten auszudehnen. Vielleicht lieber doch nicht, meint ein anderer, die Linke sei doch immer gegen die Vorschrift gewesen. Das Dilemma ist perfekt und vermutlich symptomatisch für die ganze Szene der politischen Linken.

Doch es dauert nicht lange, und die Verunsicherung weicht bekannten Attacken gegen den „alten Feind“, den Staat. Der sitzt dort in Gestalt des Ministerialrats Röper. Eigentlich vertritt er gar keine anderen Positionen als das Podium. Und dennoch muß er für alles herhalten, was nach Überzeugung der Teilnehmer schief geht: für die „Heuchelei“ der Politiker (Herringer), ihre „Taktik“ im Umgang mit den Übergriffen (Fischer-Defoy) und vor allem für den „Rassismus“ in Justiz, Politik und Polizei (von Galen). Darin liege doch das eigentliche Problem, wie sich gerade am letzten Wochenende wieder zeige, empörte sich ein Zuhörer. Während die Polizei im „deutschen Herbst“ regelmäßig mit Rasterfahndungen gegen linke Terroristen vorgegangen sei, habe der Staat in Mölln nur ein paar Polizeischüler zum Verteilen von Flugblättern eingesetzt. Am besten wäre es, allen Verantwortlichen erst einmal ein „antirassistisches Training“ zu verabreichen. Problem erkannt – Problem gebannt.

Tagesspiegel, 27. 11. 92

Die Verharmlosung muß weg

Podiumsdiskussion „Rechtsextremismus und Justiz“ im Martin-Gropius-Bau: Was tun mit rassistischen Gewalttätern? / Skepsis gegenüber Strafverschärfungen

Kreuzberg. Rechte werden milder bestraft als Linke, weil es einen latenten Rassismus bei den Strafverfolgungsbehörden gibt. Aber härtere Strafen und schärfere Gesetze sind keine erfolgversprechende Strategie gegen Rechts, vielmehr geht es um die gesellschaftliche Ächtung rassistischer Gewaltakte. Das war der Tenor einer gutbesuchten Podiumsdiskussion am Mittwochabend im Martin-Gropius-Bau. Dazu eingeladen hatten das „Aktive Museum Faschismus und Widerstand“, die „Antirassistische Initiative“ und die „Neue Richtervereinigung“.

Anlaß der Veranstaltung war der zweijährige Todestag von Amadeu Antonio. Der Angolaner

war in Eberswalde von 50 rechtsradikalen Jugendlichen so schlimm mißhandelt worden, daß er zwei Wochen später starb. Griet Newiger, die für die „Antirassistische Initiative“ den Prozeß gegen die Täter von Eberswalde beobachtet hatte, zählte eine Reihe von Indizien für den latenten Rassismus bei den Strafverfolgungsbehörden auf: Die Polizei sei am Tatort gewesen und habe dennoch nicht eingegriffen. Vor Gericht hätten die schwarzen Tatzeugen keine Namen, nur Nummern gehabt. Der Richter habe gar von „Negern“ gesprochen. Und: Im Prozeß sei jede Frage nach rechtsradikalen Organisationen im Hintergrund abgeblockt worden. „Die Verharmlo-

sung bei der Strafverfolgung muß weg“, forderte sie. Allzu eifrig würden die Täter als Opfer sozialer Verhältnisse dargestellt. Der Ruf nach dem starken Staat sei indes für Linke geradezu gefährlich und trage nichts zur gesellschaftlichen Ächtung des Rassismus bei.

Jürgen Röper, Ministerialrat im Justizministerium Brandenburg, befand ebenfalls, daß bei der Strafverfolgung der Täter in Eberswalde „viel nicht ordnungsgemäß abgelaufen ist“. Anhaltspunkte für die Existenz von Rassismus unter Polizisten oder Juristen habe er jedoch nicht. Vielmehr sei die Polizei im Jahr 1990 für „so was“ wie in Eberswalde nicht gerüstet gewesen, weil „früher die Stasi die Pro-

bleme erledigte“. Inzwischen, wie bei der verbotenen Neonazi-Demonstration in Halbe, sei man in der Lage, einen „relativ wirksamen Schutz“ zu organisieren, und zwar vor allem dadurch, wie er zugab, „daß erhebliche Hilfe eingeflogen wurde“. Aber: Der „Apparat“ allein könne mit Rechtsradikalismus und Rassismus nicht fertigwerden: „Es funktioniert nämlich nicht die Mithilfe der Leute, die im Umkreis der Täter leben.“

Biplab Basu von der „Antirassistischen Initiative“ sprach indes auch der Justiz selbst diese Fähigkeit ab. In Deutschland gäbe es jede Menge „rassistische Rechtsprechung und Gesetzgebung“, zum Beispiel das „Blutprinzip“, den hier geborenen Kindern ausländischer Eltern die deutsche Staatsbürgerschaft zu verweigern.

Rechtsanwältin Margarete von Galen hatte als Nebenklagevertreterin im Prozeß um den erstochenen Vietnamesen Nguyen Van Tu ebenfalls schlechte Erfahrungen machen müssen: der Vorsitzende Richter habe unter anderem den einzigen deutschen Tatzeugen zum einzigen Tatzeugen umdefinieren wollen. Rechtsradikale Täter wolle sie „nicht höher, aber auch nicht milder“ bestraft sehen. Letztlich könne das Problem nur politisch gelöst werden. „Das beste Signal“ sei, wenn die Bundesregierung die Asyldebatte stoppe und endlich bekenne: „Wir sind beschämt.“

Jugendrichter Wolfgang Herrlinger war sich ebenfalls sicher, daß man mit der Änderung des diskriminierenden Ausländergesetzes mehr erreichen könne als mit härteren Strafen. „Die Leute“, wußte der Richter, „kommen schlechter aus dem Knast, als sie reingekommen sind.“ **Ute Scheub**



Deutsche und türkische Jugendliche proben in dem Stück der Weddinger Theatergruppe „Kuliss“ „In meiner Hand – ein Hauch“ ihre eigene Situation. Am 15.12. wird es im Ernst-Reuter-Heim, Triftstraße 67, uraufgeführt. Foto: Metin Yilmaz/Paparazzi

Die bittere Erfahrung der Hanne Hiob auf einer Lesereise durch Städte von Sachsen und Thüringen:

Das Wort „Antifaschismus“ ist unerwünscht

Wo war das Wort von der antifaschistischen Veranstaltung bloß geblieben? Das war die Frage, die sich Teilnehmer an einer Lesung der Brecht-Tochter Hanne Hiob in der Deutschen Bücherei zu Leipzig stellten, die in der vergangenen Woche aus dem von ihr herausgegebenen Buch „Erklärung des Menschenrechts“ vortrug. Zwar durfte die Hiob ihre zur Besinnung mahnenden Briefe von Opfern und Widerstandskämpfern gegen die Gewalt Herrschaft der Nazis in den Räumen des Hauses einem bewegten Publikum zu Gehör bringen, wodurch sie mit stillem Nachdruck den antifaschistischen Charakter der Veranstaltung deutlich machte. Aber um den Titel des Abends gab es ein unwürdiges Hickhack.

Wer dafür gesorgt hatte, daß die „Antifaschistische Veranstaltung“ vom Programmzettel geloggt wurde, ließ sich an jenem Abend nicht herausfinden. War es der Innenminister der Bundesrepublik, dem die Bibliotheksentscheidung untersteht? War es der Frankfurter Generaldirektor der Deutschen Bibliothek, der auch in den Ton anging? Stellvertreter Dr. Gottfried Rost, der die unglückliche Entscheidung offenbar nicht getroffen hatte, reagierte allergisch und sah sich gezwungen, Erklärungen abzugeben. Sie waren von entlarvender „Logik“. Wenn antifaschistische Veranstaltungen im Hause geduldet würden, dann müsse man ja wohl den Organisatoren faschisti-

scher Veranstaltungen das gleiche Recht zugestehen. Man wolle aber beides nicht. Er wachte sich gegen „jegliche Vereinnahmung durch Ideologien“ und vereinnahmte das Publikum zugleich mit einem schwarz eingefärbten Demonstrationenverständnis, das die faschistischen Bücherverbrenner und ihre Epigonen von heute offenbar mit den Antifaschisten politisch gleichsetzt. Und als Rechtfertigung für diese Demagogie mußte dann ausgerechnet die Freiheit des Wortes herhalten: die Deutsche Bücherei bestlehe 80 Jahre, habe aber ihr Motto, freie Statt für freies Wort zu sein, 50 Jahre davon verlegen müssen. Eine derartig demagogische Gleichsetzung des Sozialismus mit dem Fa-

schismus erregte den Zorn des Publikums, das seine antifaschistischen Gesinnung diskriminiert sah, was Dr. Rost wiederum veranlaßte, sich in die zur Zeit gängige These zu flüchten: W der DDR hätte es keinen wahren Antifaschismus gegeben. Womit der pro-motivte Bücherverwalter weder Geschichtsverständnis noch Differenzierungsvermögen bewies.

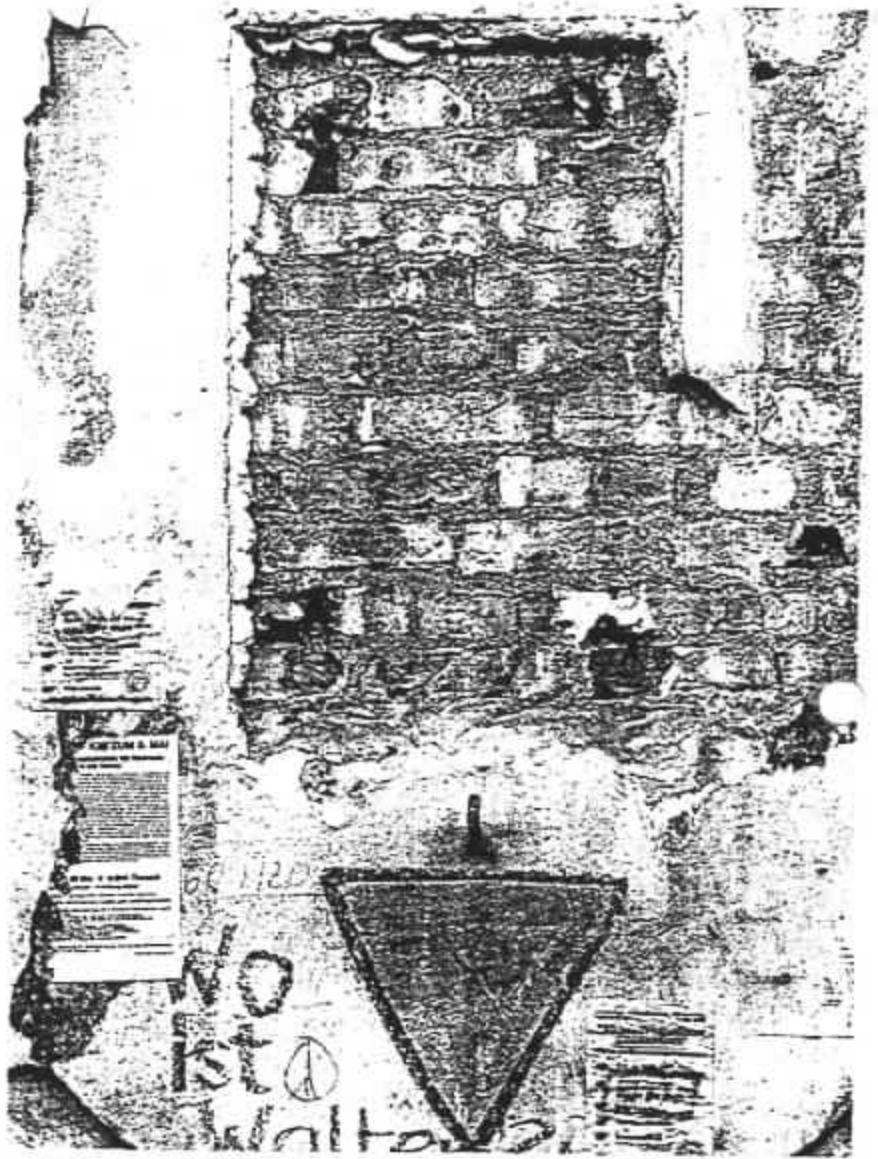
Frau Hiob hatte ähnliche Zensur, die sich gegen den Antifaschismus ihres Programms richtet, kurz zuvor schon an demorts zu spüren bekommen: Eine Lesung, die in Jena stattfinden sollte, wurde aufgrund ihres antifaschistischen Charakters vom Oberbürgermeister verhindert und mußte nach Kahla verlegt werden, wo wiederum jegliche Werbung für die Veranstaltung untersagt worden war.

Offenbar, so der Tenor der spontanen Debatte in der Deutschen Bücherei, ist das Wort „Antifaschismus“ in Deutschland schon wieder verhängnisvollen Entwicklung hätte man nicht eindringlicher warnen können als mit dem Programm von Hanne Hiob und der Liedinterpretin Gaby Klees: Frau Hiob las Briefe von Juden, Homosexuellen, Roma, Opfern und politischen Gegnern der Nazidiktatur, und diese Texte offenbarten unvorstellbares Leid. Der Vortrag der Künstlerin verlieh ihnen bestürzende Aktualität. Auf die Parallele zur Gegenwart wies die Hiob in einem „Aktuellen Schlußwort“, in dem sie schlimme Nachrichten aus der jüngsten Vergangenheit aufgriff. Die Stimmung des Publikums war eindeutig: So etwas darf sich nie wiederholen. Man muß die Öffentlichkeit wachhalten. Auch damit, daß man derartige Querelen, wie sie sich an jenem Abend in der Deutschen Bücherei und in Jena abspielten, bekannt gibt.

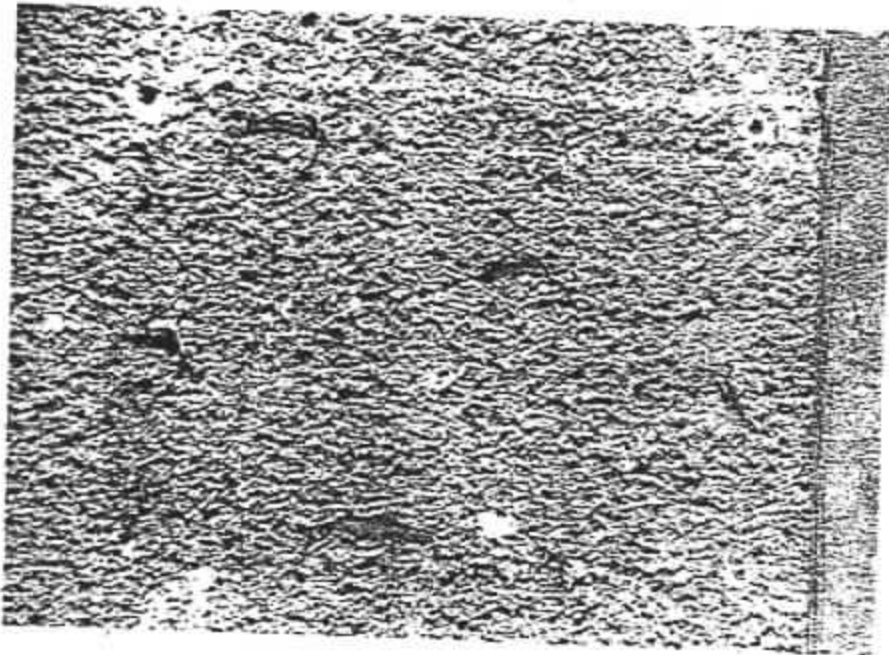
Vielleicht kommt eine zweite Veranstaltung in Leipzig mit Hanne Hiob um den Zeitpunkt des 30. Januar 1993 herum zustande. Leute mit Zivilcourage, die etwas gegen den Faschismus tun wollen, sind in Leipzig gottlob noch zu finden. Schlimm, daß schon wieder Zivilcourage dazu gehört, sich als Antifaschist zu bezeichnen. **FELIX RICHTER**

Neues Deutschland
11. 11. 1992

uns gesandt
aus Moabit
vom Gefangenen
Nr. 3703/2
(Klaus Croissant)



Florastr. 26, Ort der Gedenktafel für Walter Husemann
Spuren sind noch vorhanden
Foto: J. Henschel



Binzstr. 50, Ort der Gedenktafel für Dr. Georg Benjamin
spurlos verschwunden
Foto: J. Henschel